

RheinlandPfalz



Statistische Monatshefte

1998

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

August

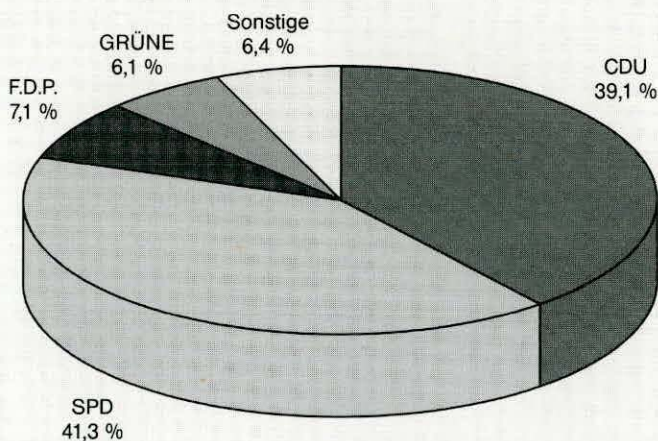
September

Oktober

November

Dezember

Zweitstimmenanteile der Parteien bei der Bundestagswahl 1998
in Rheinland-Pfalz



Inhalt

Die Wahl zum 14. Deutschen Bundestag am 27. September 1998	221	Nach einem Überblick über das Bundes- und Landesergebnis der Wahl informiert der Beitrag über die Ergebnisse in den Wahlkreisen und Verwaltungsbezirken des Landes.
---	-----	---

Neue Statistik der Gewerbeanzeigen	235	Seit Januar 1996 wird die Statistik der Gewerbeanzeigen erstmals bundesweit auf der Basis einer einheitlichen gesetzlichen Grundlage durchgeführt. Der Beitrag erläutert die methodischen Grundlagen der Statistik und stellt erste Ergebnisse für Rheinland-Pfalz vor.
---	-----	---

Anhang	65 *	Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
	71 *	Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen für Deutschland

Neue Gewerbeanzeigenstatistik liefert auch monatliche Ergebnisse

Seit Januar 1996 wird die Statistik der Gewerbeanzeigen bundesweit auf der Basis einer einheitlichen gesetzlichen Grundlage durchgeführt. Damit liegen erstmals vergleichbare Informationen über das Gründungsverhalten und über Betriebsschließungen für das gesamte Bundesgebiet und alle Bundesländer vor. Das neue Aufbereitungsprogramm liefert seit diesem Zeitpunkt monatlich u. a. auch Ergebnisse nach Wirtschaftszweigen für das Land und für die einzelnen Verwaltungsbezirke.

Danach sind im Laufe des Jahres 1997 in den rheinland-pfälzischen Gewerbeämtern über 77 000 Gewerbemeldungen erfolgt, wovon die Hälfte Anmeldungen, 41 % Abmeldungen und der Rest Ummeldungen waren. Gut ein Drittel der rund 38 800 Anmeldungen betraf Handelsbetriebe, ein Fünftel entfiel auf den Bereich „Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung von beweglichen Sachen, Dienstleistungen für Unternehmen“. Das Verarbeitende Gewerbe kam dagegen nur auf 4,6 %.

Mit 85 Neuerrichtungen von Gewerbebetrieben pro 10 000 Einwohner stand der Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz an erster Stelle vor Koblenz (84) und Trier (66). Unter den kreisfreien Städten nahm Speyer (112), unter den Landkreisen der Westerwaldkreis (98) den Spitzenplatz ein. Dabei stand den hohen Gründungsziffern häufig auch eine relativ große Zahl von Betriebsschließungen gegenüber, was auf eine hohe Fluktuation in diesen Regionen schließen lässt. Die Untersuchung der Branchenstruktur der Regionalergebnisse brachte zudem Hinweise auf eine Tendenz zur Verlagerung der Industrie aus den Städten in die ländlichen Gebiete, verbunden mit einer verstärkten Ansiedlung von Dienstleistungsunternehmen in den Städten.

Die Entwicklung der Gewerbemeldungen in den letzten 13 Jahren verlief mit erheblichen Schwankungen. Die monatlichen Schwankungen des Meldevolumens waren in erster Linie saisonaler Natur. So wurden die hohen Meldeziffern im Januar und im Juli von den üblichen Terminen für Betriebsgründungen (1. Januar und 1. Juli) beeinflusst. Nach einer Glättung der Kurve der monatlichen Entwicklung mit Hilfe der Methode der gleitenden Durchschnitte wurde sowohl bei den Anmeldungen als auch bei den Abmeldungen ein leicht ansteigender Trend sichtbar. mc

Mehr über dieses Thema auf Seite 235.

Konjunkturelle Erholung führt zu steigendem Stromverbrauch

Der Stromverbrauch aus dem öffentlichen Netz in Rheinland-Pfalz steigt weiter. Er erhöhte sich auch im ersten Halbjahr 1998 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 2 % auf 12,8 Mrd. Kilowattstunden. Der erhöhte Stromverbrauch ist auch ein Zeichen der konjunkturellen Erholung im Land. Die Nettostromerzeugung lag im gleichen Zeitraum bei 3,2 Mrd. Kilowattstunden. Per Saldo mussten somit 75 % bzw. 9,5 Mrd. Kilowattstunden Strom über die Landesgrenze bezogen werden.

Die einzelnen Energieträger erreichten im ersten Halbjahr 1998 folgende Anteile an der Nettostromerzeugung: Erdgas 66 %, Steinkohle 15 % und Wasserkraft 17 %. Eine nur untergeordnete Rolle spielten dagegen nach wie vor Müll, Windkraft, Heizöl und sonstige Energieträger. fu

Positive Halbjahresbilanz 1998 des verarbeitenden Gewerbes in Rheinland-Pfalz

- Umsätze gestiegen
- Beschäftigungsabbau gestoppt
- Gute Auftragslage

Die Umsätze des rheinland-pfälzischen verarbeitenden Gewerbes (einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) stiegen im ersten Halbjahr 1998 um 3,8 % auf 57 Mrd. DM an. Die Auslandsumsätze erhöhten sich um 3,9 % auf 23,9 Mrd. DM. Die Exportquote erreichte damit 42 %.

Der Personalabbau setzte sich im Verlauf des ersten Halbjahres 1998 nicht mehr so deutlich fort wie im Vorjahr. Die Beschäftigtenzahl lag im Durchschnitt nur knapp unter dem Stand des gleichen Vorjahreszeitraumes (- 0,2 %). In den Monaten Mai und Juni 1998 wurden sogar Zuwächse von 0,1 bzw. 0,2 % verzeichnet. Zu vermehrten Neueinstellungen kam es allerdings ausschließlich im Bereich der Vorleistungsgüterproduzenten (+ 0,6 %). Gleichzeitig nahmen die geleisteten Arbeiterstunden um 0,6 % zu, was auf eine verbesserte Kapazitätsauslastung und mehr Überstunden schließen lässt.

Bei der Auftragslage war im Verlauf der ersten sechs Monate von 1998 ein Zuwachs von 5,4 % festzustellen. Während die Binnennachfrage um 6,2 % gesteigert werden konnte, wurde bei den Auslandsorders ein etwas geringeres Plus von 4,1 % verbucht. fu

Voraussichtliche Weinernte 7 Mill. hl

Nach drei kleinen Ernten wird in Rheinland-Pfalz in diesem Jahr eine mengenmäßig durchschnittliche Weinmosternte erwartet. Die Ertragsschätzungen der Weinbauberichterstatter Ende September erbrachten eine voraussichtliche Erntemenge von rund 7 Mill. hl. Damit würde das Vorjahresergebnis um rund ein Fünftel überschritten.

Ein milder Winter, ein früher Austrieb der Reben, keine Schädigungen durch Spätfröste sowie ein guter Blüteverlauf und genügend Sonnenschein schufen zunächst die Grundlage für eine gute Weinmosternte. Zunehmende Trockenheit vor allem in den südlichen Anbaugebieten, Sonnenbrandschäden an den Weintrauben sowie starker Befall mit echtem Mehltau (Oidium) haben die ursprünglichen Ertragserwartungen in letzter Zeit jedoch gemindert. Inwieweit die Niederschläge der letzten Wochen Menge und Qualität noch beeinflussen, bleibt abzuwarten. pt

Tourismusbranche wieder im Aufwind

Die rheinland-pfälzischen Tourismusbetriebe verzeichneten in den ersten sieben Monaten des Jahres 1998 gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum eine Zunahme der Gästezahl um 7,3 % auf 3,4 Mill. Die Zahl der Übernachtungen stieg um 3,2 % auf 10,3 Mill.

In der Region Mosel / Saar übernachteten die meisten Gäste (2,3 Mill. Übernachtungen / + 3,9 %). In der Eifel und an der Ahr wurden 2,1 Mill. Übernachtungen (+ 3,9 %) gezählt, in der Pfalz 2 Mill. (+ 4,2 %) und im Rheintal 1,1 Mill. (+ 2,2 %). Der höchste prozentuale Zuwachs (+ 11 %) wurde in Rheinhessen mit 594 000 Übernachtungen erreicht. Aus den Fremdenverkehrsgebieten Hunsrück / Nahe / Glan (1,2 Mill. / - 0,7 %) und Westerwald / Lahn / Taunus (900 000 / - 0,1 %) wurden dagegen leicht rückläufige Übernachtungsziffern gemeldet. el

Gemüseanbauflächen um 10 % ausgedehnt

Der Aufwärtstrend im rheinland-pfälzischen Gemüseanbau hält weiter an. Wie aus der Gemüseanbauerhebung hervorgeht, wurde 1998 mit über 12 700 ha so viel Gemüse im Freiland angebaut wie noch nie. Seit 1990 ist der Anbau damit um 75 % ausgeweitet worden, gegenüber dem Vorjahr waren es allein 10 %. Der Schwerpunkt der Gemüseproduktion in Rheinland-Pfalz liegt in der Pfälzischen Rheinebene; etwa neun

Zehntel der Gemüsegelder sind im Raum Ludwigshafen und Umgebung zu finden.

Unter den bedeutenden Gemüsearten liegen die Radieschen aufgrund des mehrmals möglichen Anbaus mit 1 900 ha (+ 10 %) vorn. Während mit + 4 bzw. + 21 % gegenüber 1997 mehr Möhren (1 600 ha) und Blumenkohl (1 360 ha) angebaut werden, ist Kopfsalat (900 ha) erneut rückläufig (- 4 %). Speisezwiebeln (870 ha), Spargel (700 ha) und Spinat (570 ha) folgen auf den nächsten Plätzen. Stark im Kommen ist Feldsalat (520 ha), der als Zwischen- und Nachkultur eine gute Ergänzung in den Anbauplänen der Gemüsebauern darstellt. kr

Steuereinnahmen des Landes nach Steuerverteilung

Steuerart	Januar - August		Ver- ände- rung
	1997	1998	
	Mill. DM		
Landessteuern	844,5	1 070,4	26,7
Vermögensteuer	43,7	28,8	- 34,1
Erbschaftsteuer	20,0	99,7	399,3
Grunderwerbsteuer (Landesanteil)	60,3	127,0	110,5
Kraftfahrzeugsteuer	517,8	604,1	16,7
Rennwett- und Lotteriesteuer	122,6	136,9	11,6
Feuerschutzsteuer	21,1	15,0	- 28,7
Biersteuer	59,0	58,9	- 0,2
Landesanteil an den Steuern vom Einkommen ¹⁾	3 737,6	4 102,7	9,8
Lohnsteuer	3 285,0	3 419,1	4,1
Veranlagte Einkommensteuer	- 223,1	- 274,2	X
Kapitalertragsteuer	233,5	558,7	139,2
Zinsabschlag	171,1	188,1	9,9
Körperschaftsteuer	271,0	211,0	- 22,1
Landesanteil an den Steuern vom Umsatz	3 069,9	3 120,9	1,7
Umsatzsteuer	2 432,2	2 425,7	- 0,3
Einfuhrumsatzsteuer	637,6	695,2	9,0
Landesanteil an der Gewerbesteuerumlage	58,3	64,4	10,5
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (FDE)	33,8	34,6	2,4
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (LFA)	89,0	98,3	10,5
Gewerbesteuerumlage-Unternehmenssteuerreform	-	19,0	X
Insgesamt	7 833,0	8 510,4	8,6

1) Lohnsteuereinnahmen nach Abzug des von der Familienkasse gezahlten Kindergeldes.

Die Wahl zum 14. Deutschen Bundestag am 27. September 1998

Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl nach den Grundsätzen einer mit Personenwahl verbundenen Verhältniswahl gewählt. Jeder Wähler hat zwei Stimmen, eine Erststimme für die Wahl des Wahlkreisabgeordneten und eine Zweitstimme für die Wahl der Landesliste einer Partei.

Die Wahlkreisabgeordneten werden mit einfacher Mehrheit der Erststimmen gewählt. Maßgebend für die Stärke der einzelnen Parteien im Bundestag ist grundsätzlich das Verhältnis der auf ihre Landeslisten entfallenden Zweitstimmen. In den Wahlkreisen errungene Direktmandate verbleiben einer Partei darüber hinaus auch dann, wenn die ihr über die Landesliste aufgrund der Zweitstimmen zustehende Abgeordnetenzahl überschritten wird (Überhangmandate).

Die Regelabgeordnetenzahl ist mit dem Beitritt der ehemaligen DDR zur Bundesrepublik am 3. Oktober

1990 auf 656 Abgeordnete erhöht worden, von denen 328 nach Kreiswahlvorschlägen in den Wahlkreisen direkt zu wählen sind.

Eine 5 %-Sperrklausel, nach der nur Parteien an der Sitzverteilung teilnehmen, die mindestens 5 % der im Wahlgebiet abgegebenen gültigen Zweitstimmen oder mindestens drei Wahlkreismandate erringen, soll den Einzug von „Splitterparteien“ in den Deutschen Bundestag verhindern.

Im Bundesgebiet 60,8 Mill. Bürger wahlberechtigt

Von den 60,8 Mill. 1998 wahlberechtigten Bürgern lebten 2,4 Mill. in Berlin, 11,2 Mill. in den neuen und 47,2 Mill. in den alten Bundesländern. Gegenüber 1994 ist die Zahl der Wahlberechtigten im Bundesgebiet insgesamt nur um rund 311 000 gestiegen. In Berlin war die Zahl der 1998 zur Wahl berechtigten Bürger rund

Wahlbeteiligung und Zweitstimmenanteile bei der Bundestagswahl 1998 in den Ländern

Land	Wahlbe- teiligung	Zweitstimmenanteile der Parteien					
		CDU/CSU	SPD	F.D.P.	GRÜNE	PDS	Sonstige
	%						
Schleswig-Holstein	82,4	35,7	45,4	7,6	6,5	1,5	3,3
Hamburg	81,1	30,0	45,7	6,5	10,8	2,3	4,7
Niedersachsen	83,9	34,1	49,4	6,4	5,9	1,0	3,2
Bremen	82,1	25,4	50,2	5,9	11,3	2,4	4,7
Nordrhein-Westfalen	83,9	33,8	46,9	7,3	6,9	1,2	4,0
Hessen	84,2	34,7	41,6	7,9	8,2	1,5	6,2
Rheinland-Pfalz	83,9	39,1	41,3	7,1	6,1	1,0	5,4
Baden-Württemberg	83,1	37,8	35,6	8,8	9,2	1,0	7,6
Bayern	79,2	47,7	34,4	5,1	5,9	0,7	6,2
Saarland	84,8	31,8	52,4	4,7	5,5	1,0	4,5
Berlin	81,1	23,7	37,8	4,9	11,3	13,4	8,8
Mecklenburg-Vorpommern	79,4	29,3	35,3	2,2	2,9	23,6	6,6
Brandenburg	78,1	20,8	43,5	2,8	3,6	20,3	8,9
Sachsen-Anhalt	77,1	27,2	38,1	4,1	3,3	20,7	6,6
Thüringen	82,3	28,9	34,5	3,4	3,9	21,2	8,1
Sachsen	81,6	32,7	29,1	3,6	4,4	20,0	10,2
Bundesgebiet	82,2	35,1	40,9	6,2	6,7	5,1	5,9

63 000 niedriger als vor vier Jahren. In den neuen Bundesländern gab es bei der jetzigen Wahl rund 142 000, in den alten fast 232 000 Wahlberechtigte mehr als 1994. Die Wahlbeteiligung im gesamten Bundesgebiet lag 1998 mit 82,2 % um 3,2 Prozentpunkte höher als vier Jahre zuvor. Besonders stark fielen die Zunahmen dabei in den neuen Bundesländern aus. So lag 1998 in Sachsen die Wahlbeteiligung um 9,6 Prozentpunkte, in Thüringen um 7,4, in den übrigen neuen Bundesländern zwischen 6,7 und 6,6 Prozentpunkte höher als 1994. Die höchste Wahlbeteiligung im gesamten Bundesgebiet verzeichnete mit 84,8 % das Saarland. Auf den nächsten Plätzen folgten Hessen (84,2 %), Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen jeweils mit 83,9 %. Am niedrigsten war die Wahlteilnahme in den alten Bundesländern in Bayern mit 79,2 %, das auch 1994 mit 76,9 % diesen Platz einnahm. In Berlin gingen dieses Mal 81,1 % der wahlberechtigten Bürger zu den Urnen, 2,5 Prozentpunkte mehr als vor vier Jahren. In den neuen Bundesländern wies Thüringen mit 82,3 % die höchste und Sachsen-Anhalt mit 77,1 % die niedrigste Wahlbeteiligung auf.

CDU/CSU erlitt starke Verluste, SPD wurde stärkste Fraktion

Auf die CDU/CSU entfielen am 27. September 1998 im Bundesgebiet nur noch 35,1 % der gültigen Zweitstimmen, 1994 lag der Anteil noch bei 41,4 %. Das bedeutet eine Abnahme um 6,3 Prozentpunkte. Der bisherige Koalitionspartner F.D.P. erreichte 6,2 %, bei einem Rückgang um 0,7 Prozentpunkte gegenüber der Wahl von vor vier Jahren. Die Sozialdemokraten konnten sich deutlich um 4,5 Prozentpunkte auf jetzt 40,9 % verbessern und wurden damit stärkste Fraktion im Bundestag. Die GRÜNEN verloren 0,6 Prozentpunkte und erreichten bei der jetzigen Wahl noch einen Stimmenanteil von 6,7 %. Die PDS, die 1994 mit insgesamt 4,4 % Stimmenanteil zwar die 5 %-Hürde nicht überspringen konnte, aber wegen ihrer vier Direktmandate in die Verteilung der Sitze einbezogen war, erhielt am 27. September 5,1 % aller Zweitstimmen. Die Hochburgen dieser Partei lagen wiederum in den neuen Bundesländern und in Berlin, wo sie Anteile zwischen 13,4 % (Berlin) und 23,6 % (Mecklenburg-Vorpommern) erreichen konnte. Die übrigen der bei der Bundestagswahl 1998 um Stimmen werbenden Parteien und politischen Vereinigungen erreichten zusammen einen Anteil von 5,9 % an den gültigen Zweitstimmen. Das waren 2,3 Prozentpunkte mehr als vor vier Jahren.

Der 14. Deutsche Bundestag besteht wegen der erneut hohen Zahl von 13 Überhangmandaten aus 669 anstatt 656 Abgeordneten. Vor vier Jahren gab es sogar noch 16 Überhangmandate und somit 672 Abgeordnete. Auf die CDU/CSU, die diesmal keine Überhangmandate erzielte, entfallen nur noch 245 Sitze, 49 weniger als 1994. Der bisherige Koalitionspartner F.D.P. errang bei der Wahl am 27. September 43 Sitze, 4 weniger als vier Jahre zuvor. Die SPD errang 298 Sitze, davon alle 13 Überhangmandate. Damit gewannen die Sozialdemokraten gegenüber der vorhergehenden Wahl 46 Mandate hinzu. Die GRÜNEN erhielten 1998 nur noch 47 Sitze, gegenüber 1994 ein Verlust von 2 Mandaten. Die PDS, die dieses Mal die 5 %-Hürde überwinden konnte und außerdem 4 Direktmandate in Berlin ge-

wann, erhielt insgesamt 36 Sitze, 6 mehr als 1994. Sechs Abgeordnete der Partei kommen dabei über die Landeslisten alter Bundesländer ins Parlament.

Aus Rheinland-Pfalz kommen insgesamt 34 Abgeordnete, einer mehr als vor vier Jahren. Von diesen gehören 14 der CDU (- 1), 15 der SPD (+ 1), drei der F.D.P. (+ 1) und unverändert zwei den GRÜNEN an.

16 Wahlkreise, 16 Landeslisten und 293 Bewerber in Rheinland-Pfalz

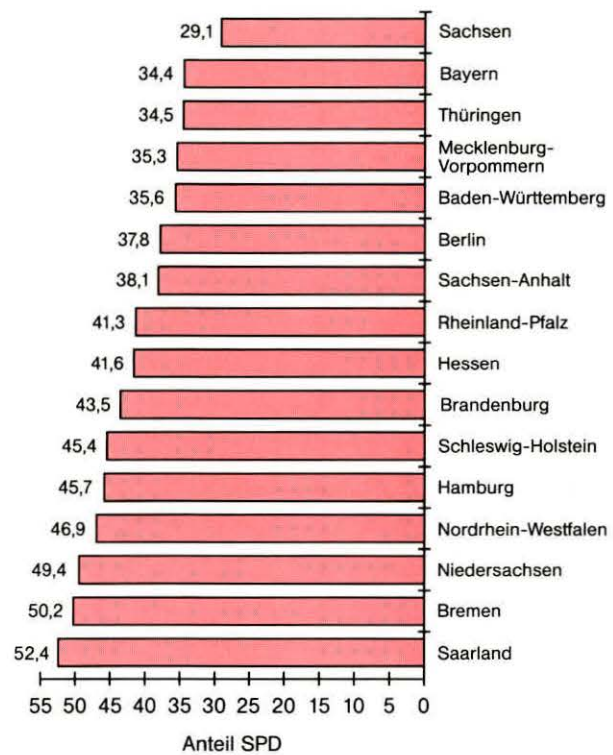
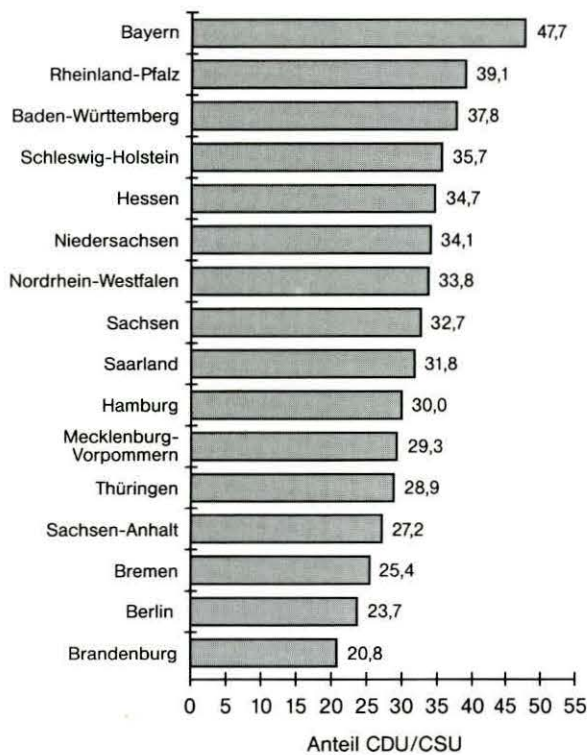
Das Ergebnis der Wahl zum 14. Deutschen Bundestag in Rheinland-Pfalz wurde von den Wahlvorständen in 4 806 Wahlbezirken und den 435 Briefwahlvorstän-

Sitzverteilung im Bundestag 1998 und 1994

Land	Jahr	Insgesamt	CDU/CSU	SPD	F.D.P.	GRÜNE	PDS
Anzahl							
Schleswig-Holstein	1998	24	9	11	2	2	-
	1994	24	10	10	2	2	-
Hamburg	1998	13	4	7 ¹⁾	1	1	-
	1994	14	5	6	1	2	-
Niedersachsen	1998	68	24	35	4	4	1
	1994	67	28	28	5	5	1
Bremen	1998	5	1	3	-	1	-
	1994	6	2	3 ³⁾	-	1	-
Nordrhein-Westfalen	1998	148	52	72	11	11	2
	1994	148	58	66	12	11	1
Hessen	1998	47	17	21	4	4	1
	1994	49	20	19	4	5	1
Rheinland-Pfalz	1998	34	14	15	3	2	-
	1994	33	15	14	2	2	-
Baden-Württemberg	1998	78	32	30	7	8	1
	1994	79	37 ²⁾	25	8	8	1
Bayern	1998	93	47	34	5	6	1
	1994	92	50	29	6	6	1
Saarland	1998	8	3	5	-	-	-
	1994	9	4	5	-	-	-
Berlin	1998	25	7	10	1	3	4
	1994	27	9	9	2	3	4
Mecklenburg-Vorpommern	1998	15	4	7 ¹⁾	-	-	4
	1994	15	7 ²⁾	4	1	-	3
Brandenburg	1998	23	5	12 ¹⁾	1	1	4
	1994	23	6	12 ³⁾	1	-	4
Sachsen-Anhalt	1998	26	6	13 ¹⁾	1	1	5
	1994	23	10 ²⁾	7	1	1	4
Thüringen	1998	25	7	11 ¹⁾	1	1	5
	1994	24	12 ²⁾	6	1	1	4
Sachsen	1998	37	13	12	2	2	8
	1994	39	21 ²⁾	9	1	2	6
Bundesgebiet	1998	669	245	298	43	47	36
	1994	672	294	252	47	49	30

1) Einschließlich der Überhangmandate in Hamburg (1), Mecklenburg-Vorpommern (2), Brandenburg (3), Sachsen-Anhalt (4) und Thüringen (3). - 2) Einschließlich der Überhangmandate in Baden-Württemberg (2), Mecklenburg-Vorpommern (2), Sachsen-Anhalt (2), Thüringen (3) und Sachsen (3). - 3) Einschließlich der Überhangmandate in Bremen (1) und Brandenburg (3).

Stimmenanteile von CDU/CSU und SPD in den Ländern bei der Bundestagswahl 1998



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 142/98

den ermittelt sowie von den 16 Kreiswaahl Ausschüssen und dem Landeswahl Ausschuss überprüft und amtlich festgestellt.

Die Durchführung einer repräsentativen Wahlstatistik war für die Wahl am 27. September wie bereits 1994 ausgesetzt, so dass auch diesmal auf die früher übliche Darstellung des Wählerverhaltens nach Alter und Geschlecht verzichtet werden muss.

Von den insgesamt 328 Bundestagswahlkreisen liegen 16 in Rheinland-Pfalz. Sieben Landkreise werden durch Wahlkreisgrenzen durchschnitten. Die Landkreise Bad Dürkheim, Bernkastel-Wittlich, Mainz-Bingen, Mayen-Koblenz, der Rhein-Lahn-Kreis und der Rhein-Hunsrück-Kreis sind jeweils auf zwei, der Landkreis Ludwigshafen auf drei Wahlkreise aufgeteilt. Durch Artikel 1 Nr. 3 des Dreizehnten Gesetzes zur Änderung des Bundeswahlgesetzes vom 15. November 1996 (BGBl. I S. 1712) wurde die 1994 geltende Abgrenzung der rheinland-pfälzischen Bundestagswahlkreise 148 Koblenz und 153 Montabaur geändert, indem die bisher zum Wahlkreis 153 gehörende Verbandsgemeinde Loreley dem Wahlkreis 148 zugeschlagen wurde.

Für die Bundestagswahl am 27. September 1998 wurden vom Landeswahl Ausschuss die Landeslisten der folgenden 16 Parteien zugelassen:

1. Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU)
2. Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)
3. Freie Demokratische Partei (F.D.P.)
4. BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN (GRÜNE)
5. Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)
6. BUND FREIER BÜRGER – OFFENSIVE FÜR DEUTSCHLAND, Die Freiheitlichen (BFB – Die Offensive)
7. DEUTSCHE VOLKSUNION (DVU)
8. DIE GRAUEN – Graue Panther (GRAUE)
9. DIE REPUBLIKANER (REP)
10. Feministische Partei DIE FRAUEN
11. Initiative Pro D-Mark – neue liberale Partei – (Pro DM)
12. Mensch Umwelt Tierschutz (Die Tierschutzpartei)
13. Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)
14. NATURGESETZ PARTEI, AUFBRUCH ZU NEUEM BEWUSSTSEIN (NATURGESETZ)
15. Ökologisch-Demokratische Partei (ödp)
16. Partei Bibeltreuer Christen (PBC)

Während CDU, SPD, F.D.P., GRÜNE und REP in allen 16 Wahlkreisen Wahlkreiskandidaten aufgestellt hatten, kandidierten Bewerberinnen und Bewerber der ödp in 10, NATURGESETZ in 5, PDS und PBC jeweils in 4,

GRAUE in 2 sowie BFB – Die Offensive und NPD in einem Wahlkreis. Für die Bürgerrechtsbewegung Solidarität (BüSo), die CHRISTLICHE MITTE – Für ein Deutschland nach GOTTES Geboten (CM) und die STATT Partei DIE UNABHÄNGIGEN (STATT Partei) bewarben sich nur Wahlkreiskandidatinnen bzw. -kandidaten, und zwar für die CM und die STATT Partei in zwei und für die BüSo in einem Wahlkreis. Neben den Bewerberinnen und Bewerbern der Parteien kandidierte im Wahlkreis 150 ein Einzelbewerber für den Einzug in den Deutschen Bundestag.

Die DVU, die Feministische Partei DIE FRAUEN, Pro DM und Die Tierschutzpartei hatten keine Wahlkreisbewerberinnen und -bewerber nominiert.

Von den insgesamt 293 Bewerbern, die sich 1998 um ein Bundestagsmandat bewarben, waren 89 Personen oder gut 30 % Frauen. Fast 31 % der Bewerber gehörten der Altersgruppe 40 bis 50 Jahre an, rund 18 % waren 30 bis 40 und gut 25 % 50 bis 60 Jahre alt.

In den 16 Landeslisten waren insgesamt 263 Bewerber aufgeführt. In den Wahlkreisen standen 113 Kandidaten zur Wahl, von denen 83 auch auf den Landeslisten nominiert waren (Doppelbewerber).

Zahl der Wahlberechtigten rund 30 600 höher als 1994

Am 27. September 1998 waren 3,016 Mill. Rheinland-Pfälzer wahlberechtigt, rund 30 600 oder 1 % mehr als

1994. Von den Wahlberechtigten gaben 2,530 Mill. Bürger ihre Stimme ab. Daraus errechnet sich eine Wahlbeteiligung von 83,9 %, vier Jahre zuvor lag sie mit 82,3 % etwas niedriger. Von den abgegebenen Erststimmen waren knapp 50 000 (2 %), von den Zweitstimmen nur rund 38 000 oder 1,5 % ungültig. Diese Anteile lagen über dem Bundesdurchschnitt von 1,6 bzw. 1,3 %.

Wahlbeteiligung in den kreisfreien Städten niedriger als in den Landkreisen

Die höchste Wahlbeteiligung wurde mit jeweils 85,2 % in den Wahlkreisen 156 Frankenthal und 161 Südpfalz registriert. Mit 84,9 % fiel die Wahlteilnahme im Wahlkreis 158 Neustadt-Speyer nur geringfügig niedriger aus. Auch der Wahlkreis 154 Mainz gehörte mit 84,7 % noch zu dieser Spitzengruppe. Über dem Landesdurchschnitt von 83,9 % lagen noch mit jeweils 84,2 % die Wahlkreise 149 Cochem, 153 Montabaur und 155 Worms. Die relativ wenigsten Wähler gaben im Wahlkreis 159 Kaiserslautern ihre Stimme ab. Hier lag die Wahlbeteiligung 1998 bei 82 %; auch 1994 lag dieser Wahlkreis mit 80,6 % am Ende der Skala. An zweitletzter Stelle stand 1998 der Wahlkreis 150 Kreuznach mit einer Quote von 82,6 %. Den gleichen Rang hatte dieser Wahlkreis bereits vor vier Jahren eingenommen. Im Vergleich mit der vorhergehenden Bundestagswahl hat die Wahlbeteiligung in allen Wahlkreisen zugenommen. Am deutlichsten fiel der Anstieg im Wahlkreis 160 Pirmasens mit + 2,3 Prozentpunkten aus.

Landesergebnis der Bundestagswahlen 1998 und 1994

Merkmal	1998				1994				Differenz zu 1994	
	Erststimmen		Zweitstimmen		Erststimmen		Zweitstimmen		Erststimmen	Zweitstimmen
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	%-Punkte	
Wahlberechtigte	3 016 036		3 016 036		2 985 384		2 985 384			
Wähler	2 529 717	83,9	2 529 717	83,9	2 456 152	82,3	2 456 152	82,3	1,6	1,6
Ungültige Stimmen	49 945	2,0	37 965	1,5	44 427	1,8	29 920	1,2	0,2	0,3
Gültige Stimmen	2 479 772	98,0	2 491 752	98,5	2 411 725	98,2	2 426 232	98,8	-0,2	-0,3
C D U	1 075 578	43,4	975 258	39,1	1 132 006	46,9	1 061 643	43,8	-3,5	-4,7
S P D	1 106 021	44,6	1 028 886	41,3	974 959	40,4	955 383	39,4	4,2	1,9
F.D.P.	94 408	3,8	177 016	7,1	88 872	3,7	168 475	6,9	0,1	0,2
GRÜNE	107 265	4,3	152 009	6,1	151 182	6,3	150 630	6,2	-2,0	-0,1
P D S	6 925	0,3	25 083	1,0	1 181	0,0	15 135	0,6	0,3	0,4
BFB	1 078	0,0	5 117	0,2	-	-	-	-	0,0	0,2
D V U	-	-	17 918	0,7	-	-	-	-	-	0,7
GRAUE	1 551	0,1	6 959	0,3	1 476	0,1	9 336	0,4	0,0	-0,1
R E P	67 415	2,7	53 676	2,2	39 381	1,6	45 265	1,9	1,1	0,3
DIE FRAUEN	-	-	2 395	0,1	-	-	-	-	-	0,1
Pro DM	-	-	18 556	0,7	-	-	-	-	-	0,7
Tierschutz	-	-	11 297	0,5	-	-	-	-	-	0,5
N P D	934	0,0	4 532	0,2	-	-	-	-	0,0	0,2
NATURGESETZ	4 386	0,2	3 026	0,1	8 631	0,4	6 005	0,2	-0,2	-0,1
ö d p	8 480	0,3	4 842	0,2	9 804	0,4	8 524	0,4	-0,1	-0,2
P B C	2 783	0,1	5 182	0,2	3 070	0,1	-	-	0,0	0,2
BüSo	133	0,0	-	-	332	0,0	-	-	0,0	-
C M	570	0,0	-	-	831	0,0	-	-	0,0	-
Jansen	642	0,0	-	-	-	-	-	-	0,0	-
STATT Partei	1 603	0,1	-	-	-	-	5 508	0,2	0,1	-0,2
Sonstige	-	-	-	-	-	-	328	0,0	-	0,0

Zweitstimmenanteile der Parteien bei den Bundestagswahlen 1949 bis 1998 in Rheinland-Pfalz

Jahr	CDU	SPD	F.D.P.	GRÜNE	PDS	REP	Sonstige
	%						
1949	49,0	28,6	15,8	–	–	–	6,6
1953	52,1	27,2	12,1	–	–	–	8,6
1957	53,7	30,4	9,8	–	–	–	6,1
1961	48,9	33,5	13,2	–	–	–	4,4
1965	49,3	36,7	10,2	–	–	–	3,8
1969	47,8	40,1	6,3	–	–	–	5,8
1972	45,9	44,9	8,1	–	–	–	1,1
1976	49,9	41,7	7,6	–	–	–	0,8
1980	45,6	42,8	9,8	1,4	–	–	0,5
1983	49,6	38,4	7,0	4,5	–	–	0,5
1987	45,1	37,1	9,1	7,5	–	–	1,3
1990	45,6	36,1	10,4	4,0	0,2	1,7	1,9
1994	43,8	39,4	6,9	6,2	0,6	1,9	1,2
1998	39,1	41,3	7,1	6,1	1,0	2,2	3,2

In städtischen und ländlichen Gebieten war das Interesse der Bürger an der Bundestagswahl vom 27. September, wie auch bei früheren Wahlen, recht unterschiedlich. So erreichte von den 12 kreisfreien Städten des Landes nur Neustadt an der Weinstraße mit einer Wahlbeteiligung von 83,9 % den Landesdurchschnitt. Die übrigen Städte verzeichneten zum Teil erheblich niedrigere Anteile. In Pirmasens gaben etwas mehr als drei Viertel der Wahlberechtigten (77,5 %) ihre Stimme ab. Auch in Kaiserslautern (78 %) und Trier (78,8 %) lag die Wahlbeteiligung nicht wesentlich höher. Gegenüber der Wahl von 1994 ist allerdings in allen kreisfreien Städten eine Zunahme der Wahlbeteiligung zu verzeichnen.

Von den 24 Landkreisen in Rheinland-Pfalz lagen 16 mit ihrer Wahlteilnahme über dem Landesdurchschnitt. Das größte Interesse an der Wahl zeigten mit 88,8 % die Bürger des Landkreises Ludwigshafen. Auf den nächsten Plätzen folgen die Landkreise Südwestpfalz (86,9 %) und Mainz-Bingen mit 86,4 %. Die niedrigste Wahlbeteiligung aller Landkreise wurde in Birkenfeld mit 80,9 % festgestellt. Es folgen die Landkreise Bitburg-Prüm und Bernkastel-Wittlich mit 82,7 und 83,2 %. Der Vergleich mit der vorhergehenden Bundestagswahl ergibt in allen 24 Landkreisen eine Zunahme der Wahlbeteiligung. Den höchsten Anstieg (+ 2,2 Prozentpunkte) hatte der Landkreis Neuwied.

Deutliche CDU-Verluste und hohe SPD-Gewinne auf Landesebene

Bei der Wahl am 27. September 1998 erhielt die CDU in Rheinland-Pfalz gut 975 200 der gültigen Zweitstimmen. Das waren rund 86 400 Stimmen weniger als vier Jahre zuvor. Ihr Anteil ging gegenüber 1994 um 4,7 Prozentpunkte auf 39,1 % zurück. Dies war das niedrigste Ergebnis, das die Partei in Rheinland-Pfalz jemals bei einer Bundestagswahl erreichte. Dennoch erzielten die Christdemokraten das beste Ergebnis aller Bundesländer. Die CDU verlor am 27. September in allen 16 Wahlkreisen bei den Zweitstimmenanteilen. In keinem der Wahlkreise erreichten die Christdemokraten die absolute Mehrheit. Mit diesem Ergebnis verlor die CDU in

Rheinland-Pfalz ihre Position als stärkste Partei an die SPD. Ihr Vorsprung bei den Zweitstimmen gegenüber der SPD betrug 1994 noch fast 106 300; jetzt liegt die christdemokratische Partei um rund 53 600 Zweitstimmen hinter den Sozialdemokraten. Die SPD erhielt bei der jetzigen Wahl 41,3 % der Zweitstimmen und verbesserte sich damit um 1,9 Prozentpunkte gegenüber 1994. Mit dem am 27. September erzielten Zweitstimmenanteil lagen die Sozialdemokraten an neunter Stelle aller Bundesländer.

Die F.D.P. konnte in Rheinland-Pfalz, anders als auf Bundesebene, ihren Stimmenanteil um 0,2 Prozentpunkte verbessern, während sie auf Bundesebene 0,7 Prozentpunkte einbüßte. Sie erreichte 1998 in Rheinland-Pfalz 7,1 % der Zweitstimmen; vier Jahre zuvor lag ihr Anteil bei 6,9 %. Mit dem jetzt erzielten Zweitstimmenanteil, der deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 6,2 % lag, standen die Freidemokraten in Rheinland-Pfalz an fünfter Stelle aller Bundesländer. Vor vier Jahren erreichte die rheinland-pfälzische F.D.P. nur den achten Platz unter den 16 Bundesländern.

Die GRÜNEN erhielten rund 152 000 Zweitstimmen, nur annähernd 1 400 mehr als vier Jahre zuvor. Sie verschlechterten damit ihr Zweitstimmenergebnis in Rheinland-Pfalz von 6,2 % im Jahre 1994 geringfügig auf jetzt 6,1 % und blieben unter dem Bundesdurchschnitt von 6,7 % auf dem achten Platz unter den Bundesländern.

Die übrigen 12 mit Landeslisten angetretenen Parteien blieben jeweils weit unter 5 %. Mit einem Stimmenanteil von 2,2 % (1994: 1,9 %) erreichten die REPUBLIKANER das höchste Ergebnis, gefolgt von der PDS, die aber mit 1 % aller Zweitstimmen weit unter dem von den neuen Ländern wesentlich beeinflussten Bundesergebnis (5,1 %) blieb. Auf den nächsten Plätzen lagen die Deutsche Volksunion und die Initiative Pro D-Mark, die jeweils 0,7 % der Zweitstimmen rheinland-pfälzischer Wählerinnen und Wähler gewannen.

SPD gewinnt in allen Wahlkreisen Stimmen hinzu

Vor vier Jahren erhielt die CDU noch in 3 Wahlkreisen mehr als die Hälfte der gültigen Zweitstimmen. Am höchsten fiel der Verlust mit einem Minus von 5,6 Prozentpunkten im Wahlkreis 157 Ludwigshafen aus. In Prozentpunkten gemessen war der Rückgang der Zweitstimmen im Wahlkreis Kreuznach (– 3,8) am geringsten. Die CDU erzielte bei der jetzigen Wahl mit einem Zweitstimmenanteil von 47,2 % ihr bestes Ergebnis wiederum im Wahlkreis 151 Bitburg. Der Anteil lag aber 5,5 Prozentpunkte niedriger als 1994. Das zweitbeste Ergebnis erreichten die Christdemokraten mit einem Anteil von jeweils 45,7 % in den Wahlkreisen 147 Ahrweiler und 149 Cochem. Aber auch dort mussten sie Verluste um 4,4 bzw. 5,2 Prozentpunkte verzeichnen.

Die SPD verbesserte ihren Zweitstimmenanteil in allen Wahlkreisen zwischen 0,5 und 3,3 Prozentpunkten. Sie erreichte 1998 mit 47,2 % ihren höchsten Stimmenanteil wiederum im Wahlkreis 159 Kaiserslautern. Es folgen die Wahlkreise 150 Kreuznach (46,1 %) und 155 Worms mit 45 %. Den niedrigsten Stimmenanteil erreichten die Sozialdemokraten in den Wahlkreisen

Mehrheitsverhältnisse 1998 und 1994 in den Wahlkreisen und Verwaltungsbezirken
(Zweitstimmenanteil der stärksten Partei und ihr Vorsprung vor der zweitstärksten Partei)

Wahlkreis Verwaltungsbezirk	Bundestagswahl 1998			Bundestagswahl 1994		
	Partei	Anteil	Vorsprung	Partei	Anteil	Vorsprung
		%	%-Punkte		%	%-Punkte
Land						
Rheinland-Pfalz	SPD	41,3	2,2	CDU	43,8	4,4
Wahlkreise						
146 Neuwied	SPD	42,5	2,6	CDU	44,2	3,2
147 Ahrweiler	CDU	45,7	8,6	CDU	50,1	15,9
148 Koblenz	CDU	41,9	1,6	CDU	46,2	7,8
149 Cochem	CDU	45,7	9,7	CDU	50,9	18,1
150 Kreuznach	SPD	46,1	10,8	SPD	44,0	4,9
151 Bitburg	CDU	47,2	12,2	CDU	52,7	20,0
152 Trier	SPD	42,4	3,0	CDU	44,8	5,2
153 Montabaur	SPD	42,5	3,1	CDU	43,6	1,6
154 Mainz	SPD	38,7	2,3	CDU	40,9	4,4
155 Worms	SPD	45,0	11,2	SPD	42,4	4,4
156 Frankenthal	SPD	44,8	9,4	SPD	43,2	3,5
157 Ludwigshafen	SPD	44,1	8,8	CDU	40,9	0,1
158 Neustadt-Speyer	CDU	41,7	5,0	CDU	46,5	11,9
159 Kaiserslautern	SPD	47,2	13,6	SPD	46,7	9,0
160 Pirmasens	SPD	43,1	5,0	CDU	42,8	1,1
161 Südpfalz	CDU	39,7	1,6	CDU	45,1	8,2
Regierungsbezirke						
Koblenz	SPD	41,2	0,3	CDU	45,2	5,8
Trier	CDU	43,1	4,4	CDU	48,7	12,7
Rheinhausen-Pfalz	SPD	42,0	5,3	CDU	41,4	1,2
Kreisfreie Städte						
Koblenz	CDU	40,3	0,1	CDU	44,6	5,1
Trier	SPD	41,8	4,5	CDU	41,8	2,2
Frankenthal (Pfalz)	SPD	41,1	0,7	CDU	44,4	6,1
Kaiserslautern	SPD	43,4	8,4	SPD	42,7	4,1
Landau i. d. Pfalz	SPD	39,0	3,9	CDU	41,2	2,9
Ludwigshafen a. Rhein	SPD	45,4	11,2	SPD	42,2	2,3
Mainz	SPD	37,5	1,8	CDU	39,9	4,4
Neustadt a. d. Weinstr.	CDU	44,1	10,2	CDU	47,8	15,1
Pirmasens	SPD	44,2	7,7	SPD	44,5	4,1
Speyer	CDU	38,7	0,6	CDU	43,2	6,3
Worms	SPD	45,4	10,7	SPD	42,5	4,2
Zweibrücken	SPD	48,4	15,8	SPD	47,6	12,1
Landkreise						
Ahrweiler	CDU	48,4	15,9	CDU	53,0	23,9
Altenkirchen (Ww.)	SPD	43,0	2,6	CDU	44,9	3,7
Bad Kreuznach	SPD	45,5	9,9	SPD	43,2	3,5
Birkenfeld	SPD	47,2	12,6	SPD	45,5	7,4
Cochem-Zell	CDU	53,7	23,0	CDU	59,7	32,7
Mayen-Koblenz	CDU	42,6	0,8	CDU	47,0	7,8
Neuwied	SPD	42,1	2,5	CDU	43,7	2,9
Rhein-Hunsrück-Kreis	CDU	42,6	4,0	CDU	46,0	9,8
Rhein-Lahn-Kreis	SPD	46,3	11,3	SPD	47,2	8,8
Westerwaldkreis	CDU	42,0	1,8	CDU	46,8	8,0
Bernkastel-Wittlich	CDU	44,0	7,6	CDU	50,5	17,2
Bitburg-Prüm	CDU	45,8	9,6	CDU	50,7	16,1
Daun	CDU	50,7	17,8	CDU	56,7	27,2
Trier-Saarburg	SPD	42,9	2,1	CDU	46,9	7,3
Alzey-Worms	SPD	45,9	12,8	SPD	43,7	6,9
Bad Dürkheim	SPD	40,8	2,8	CDU	42,8	4,3
Donnersbergkreis	SPD	47,5	15,3	SPD	48,0	12,5
Germersheim	CDU	40,2	1,5	CDU	45,4	8,2
Kaiserslautern	SPD	44,2	6,5	SPD	43,4	0,8
Kusel	SPD	55,4	28,8	SPD	55,6	25,5
Südliche Weinstraße	CDU	40,7	3,6	CDU	46,1	9,9
Ludwigshafen	CDU	39,9	0,2	CDU	45,7	9,4
Mainz-Bingen	SPD	40,8	4,3	CDU	41,4	3,1
Südwestpfalz	SPD	41,0	0,5	CDU	46,1	7,5

151 Bitburg und 149 Cochem, wo sie 35 bzw. 36 % der gültigen Zweitstimmen erhielten. Gleichzeitig aber verbesserte die Partei ihren Stimmenanteil im Wahlkreis Bitburg gegenüber 1994 um 2,3 Prozentpunkte, im Wahlkreis Cochem sogar um 3,2. Das war die zweit-höchste Zuwachsrate aller Wahlkreise. Sie wurde nur im Wahlkreis 157 Ludwigshafen übertroffen. Dort erhöhte sich der Zweitstimmenanteil der SPD gegenüber 1994 um 3,3 Prozentpunkte auf jetzt 44,1 %.

Der Zweitstimmenanteil der F.D.P. nahm in 6 Wahlkreisen ab, am deutlichsten im Wahlkreis 157 Ludwigshafen (- 0,4 Prozentpunkte). Den höchsten Stimmenzuwachs hatten die Freien Demokraten im Wahlkreis 151 Bitburg, wo sie ihren Anteil um 1 Prozentpunkt verbessern konnten. Die F.D.P. erzielte ihre besten Ergebnisse in den Wahlkreisen 154 Mainz und 149 Cochem. Hier erreichte die Partei Zweitstimmenanteile von 8,6 und 8,5 %. Am wenigsten Erfolg hatten die Freien Demokraten in den Wahlkreisen 159 Kaiserslautern und 160 Pirmasens, wo sie jeweils unter 6 % blieben.

Hochburgen der GRÜNEN waren die Wahlkreise 154 Mainz (9,9 %), 152 Trier (7,7 %) und 161 Südpfalz mit 7 %. Die geringste Resonanz fand diese Partei, wie bereits vor vier Jahren, im Wahlkreis 160 Pirmasens. Dort erhielt sie 4,3 % der Zweitstimmen, 0,4 Prozentpunkte weniger als 1994. In Prozentpunkten gemessen war der Rückgang des Stimmenanteils der GRÜNEN im Wahlkreis 157 Ludwigshafen am stärksten (- 1,1 Prozentpunkte).

SPD-Mehrheit in neun kreisfreien Städten

Nur noch in 3 der 12 kreisfreien Städte war die CDU am 27. September 1998 stärkste Partei, vor vier Jahren konnte die Partei noch in 7 Städten mehr Stimmen als die SPD erringen. In den Städten Trier, Frankenthal, Landau und Mainz verlor sie ihre führende Position an die Sozialdemokraten. Ihr bestes Ergebnis erzielten die Christdemokraten 1998 erneut in Neustadt an der Weinstraße mit 44,1 %, 3,7 Prozentpunkte weniger als 1994. Ebenfalls über dem Landesdurchschnitt von 39,1 % liegende Zweitstimmenanteile erreichte die CDU in den Städten Koblenz (40,3 %) und Frankenthal (40,4 %). Am niedrigsten war ihr Stimmenanteil mit 32,6 % in Zweibrücken, einer Hochburg der SPD. Dort konnte die Sozialdemokratische Partei 48,4 % der Zweitstimmen auf sich vereinen, das beste Ergebnis in allen kreisfreien Städten des Landes. Auch in fünf weiteren Städten lag das Ergebnis der SPD über dem Landeswert dieser Partei. Mit einem Stimmenanteil von 33,9 % fanden die Sozialdemokraten die geringste Resonanz in der CDU-Hochburg Neustadt an der Weinstraße. Auf der zweit-letzten Position unter den kreisfreien Städten stand für die SPD die Landeshauptstadt Mainz, in der 37,5 % der Zweitstimmen an die Sozialdemokraten fielen. Durch den Anstieg des Stimmenanteils der Sozialdemokraten um 2 Prozentpunkte und den Verlust der Christdemokraten von 4,2 Prozentpunkten wechselte die Mehrheit in der Landeshauptstadt von der CDU zur SPD. Während die SPD in allen kreisfreien Städten mit Ausnahme von Pirmasens (- 0,3 Prozentpunkte) gegenüber 1994 ihren Stimmenanteil verbessern konnte, mussten die

Christdemokraten in allen Städten Verluste hinnehmen. Den höchsten Zuwachs des Stimmenanteils hatte die SPD mit 3,2 Prozentpunkten in der Stadt Ludwigshafen. Die CDU hatte prozentual die höchsten Stimmeneinbußen in Landau, wo jetzt ihr Zweitstimmenanteil 6,1 Prozentpunkte niedriger lag als vier Jahre zuvor.

Die Freien Demokraten hatten am 27. September mit 8,4 % Stimmenanteil ihr bestes Ergebnis in Landau, ihr schlechtestes mit 5,5 % in Ludwigshafen. Den größten Rückgang ihres Stimmenanteils verzeichnete die Partei in den Städten Zweibrücken und Frankenthal (- 0,8 bzw. - 0,6 Prozentpunkte). Am meisten hinzugewinnen konnte die F.D.P. in Landau (+ 0,8 Prozentpunkte).

Die GRÜNEN erzielten in 7 der 12 kreisfreien Städte über dem Landesdurchschnitt von 6,1 % liegende Zweitstimmenanteile. Die höchsten wurden in Mainz mit 11,5 % und Trier mit 10,4 % registriert. Dort konnte die Partei ihren Zweitstimmenanteil um 0,8 bzw. 1,2 Prozentpunkte steigern. Am schlechtesten schnitten die GRÜNEN mit einem Anteil von 4 % in Pirmasens ab, sie verloren dort 0,7 Prozentpunkte gegenüber der Bundestagswahl von vor vier Jahren.

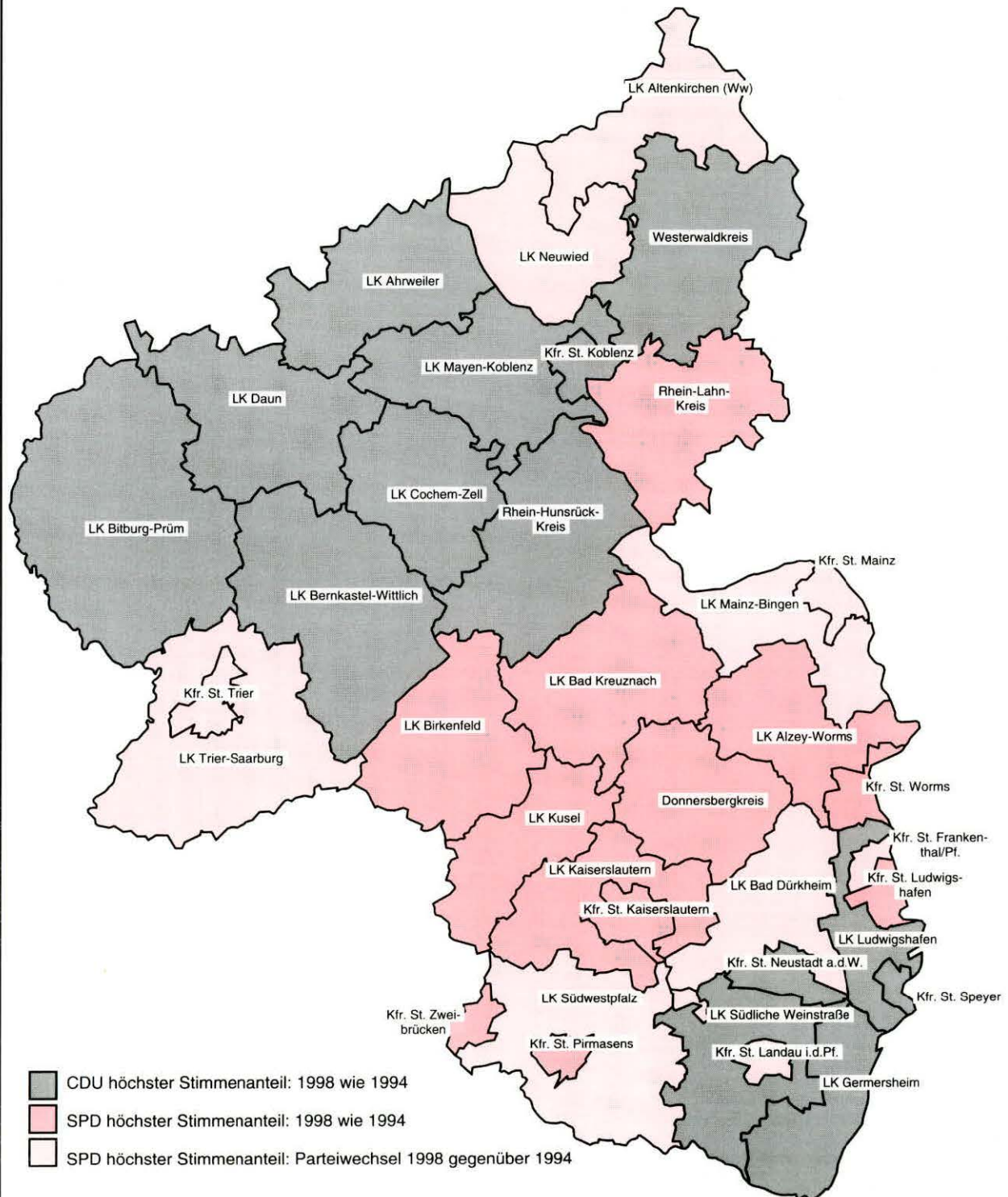
Sozialdemokraten verbessern ihren Stimmenanteil in den meisten Landkreisen

Die CDU verlor in allen Landkreisen Stimmenanteile. Sie erreichte nur noch in 2 der 24 Landkreise die absolute, in 9 die relative Mehrheit der Zweitstimmen. Vor vier Jahren konnte die Partei noch in 5 Landkreisen die absolute, in 12 Kreisen die relative Mehrheit erringen. Gegenüber 1994 verloren die Christdemokraten in den Landkreisen Altenkirchen, Neuwied, Trier-Saarburg, Bad Dürkheim, Mainz-Bingen und Südwestpfalz die Mehrheit an die Sozialdemokraten. Im Landkreis Bernkastel-Wittlich ging der Stimmenanteil mit - 6,5 Prozentpunkten am stärksten zurück; die Partei erreichte noch 44 %. Ihr bestes Landkreisergebnis erzielte die CDU, trotz eines Rückgangs um 6 Prozentpunkte, mit einem Stimmenanteil von 53,7 % in Cochem-Zell. Es folgen die Landkreise Daun mit 50,7 % und Ahrweiler mit 48,4 %. Hier lagen die Anteilswerte um 6 bzw. 4,6 Prozentpunkte niedriger als 1994. Die geringsten Verluste verzeichnete die CDU im Donnersbergkreis, wo die Partei ohnehin immer einen relativ niedrigen Stimmenanteil hatte. Nur ein Kreis, nämlich Kusel, verzeichnete bei der jetzigen Wahl einen noch niedrigeren CDU-Anteil. Hier entfielen gut ein Viertel aller gültigen Zweitstimmen auf die Christdemokraten. In diesem Landkreis erzielten am 27. September trotz eines Rückgangs um 0,2 Prozentpunkte mit 55,4 % die Sozialdemokraten ihr bestes Ergebnis. Gegenüber 1994 konnte die SPD in den meisten Kreisen ihr Stimmenergebnis verbessern. Neben Kusel verzeichnete die Partei nur in zwei weiteren Hochburgen ein geringfügig schlechteres Ergebnis als vor vier Jahren. Es waren dies der Donnersbergkreis und der Rhein-Lahn-Kreis. Hier lag der Stimmenanteil der Sozialdemokraten bei der jetzigen Wahl um 0,5 bzw. 0,9 Prozentpunkte unter dem Ergebnis von 1994. Die höchste Zuwachsrate aller Landkreise hatte die SPD mit 3,7 Prozentpunkten in der CDU-Hochburg Cochem-

Zweitstimmenanteile bei den Bundestagswahlen 1998 und 1994 in den Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	CDU		SPD		F.D.P.		GRÜNE	
	1998	1994	1998	1994	1998	1994	1998	1994
	%							
Kreisfreie Stadt Koblenz	40,3	44,6	40,2	39,5	7,1	7,0	7,6	6,3
Landkreise								
Ahrweiler	48,4	53,0	32,5	29,1	8,9	9,0	5,7	5,7
Altenkirchen (Ww.)	40,4	44,9	43,0	41,2	6,4	6,5	5,1	4,9
Bad Kreuznach	35,6	39,7	45,5	43,2	7,3	7,6	6,0	6,4
Birkenfeld	34,6	38,1	47,2	45,5	7,0	7,5	4,5	5,2
Cochem-Zell	53,7	59,7	30,7	27,0	7,3	6,6	4,2	4,4
Mayen-Koblenz	42,6	47,0	41,8	39,2	6,4	6,5	5,2	5,0
Neuwied	39,6	43,7	42,1	40,8	7,2	7,1	5,8	5,7
Rhein-Hunsrück-Kreis	42,6	46,0	38,6	36,2	8,1	8,8	5,8	6,1
Rhein-Lahn-Kreis	35,0	38,4	46,3	47,2	7,2	6,5	5,7	5,1
Westerwaldkreis	42,0	46,8	40,2	38,8	6,8	6,5	5,1	5,3
RB Koblenz	40,9	45,2	41,2	39,4	7,2	7,2	5,5	5,5
Kreisfreie Stadt Trier	37,3	41,8	41,8	39,6	6,2	6,3	10,4	9,2
Landkreise								
Bernkastel-Wittlich	44,0	50,5	36,4	33,3	8,5	7,7	5,7	5,7
Bitburg-Prüm	45,8	50,7	36,2	34,6	8,3	7,0	5,2	5,3
Daun	50,7	56,7	32,9	29,5	7,1	6,5	4,9	5,0
Trier-Saarburg	40,8	46,9	42,9	39,6	6,1	5,3	6,0	5,5
RB Trier	43,1	48,7	38,7	36,0	7,2	6,5	6,4	6,1
Kreisfreie Städte								
Frankenthal (Pfalz)	40,4	44,4	41,1	38,3	5,9	6,5	4,9	5,6
Kaiserslautern	35,0	38,6	43,4	42,7	6,7	6,6	6,9	7,0
Landau i. d. Pfalz	35,1	41,2	39,0	38,3	8,4	7,6	10,3	8,9
Ludwigshafen a. Rhein	34,2	39,9	45,4	42,2	5,5	5,8	5,1	6,3
Mainz	35,7	39,9	37,5	35,5	8,3	8,7	11,5	10,7
Neustadt a. d. Weinstr.	44,1	47,8	33,9	32,7	7,6	7,5	7,6	7,0
Pirmasens	36,5	40,4	44,2	44,5	5,6	5,4	4,0	4,7
Speyer	38,7	43,2	38,1	36,9	6,2	6,4	7,2	7,7
Worms	34,7	38,3	45,4	42,5	6,1	6,6	5,8	7,1
Zweibrücken	32,6	35,5	48,4	47,6	6,1	6,9	4,8	4,7
Landkreise								
Alzey-Worms	33,1	36,8	45,9	43,7	8,1	7,6	6,1	7,4
Bad Dürkheim	38,0	42,8	40,8	38,5	8,1	7,8	6,0	6,4
Donnersbergkreis	32,2	35,5	47,5	48,0	6,7	6,2	5,6	6,3
Germersheim	40,2	45,4	38,7	37,2	6,3	6,3	5,6	5,9
Kaiserslautern	37,7	42,6	44,2	43,4	5,5	4,8	4,5	4,8
Kusel	26,6	30,1	55,4	55,6	4,9	4,5	4,6	4,8
Südliche Weinstraße	40,7	46,1	37,1	36,2	8,0	7,0	7,2	6,7
Ludwigshafen	39,9	45,7	39,7	36,3	6,9	7,2	5,5	6,2
Mainz-Bingen	36,5	41,4	40,8	38,3	9,0	8,5	7,8	8,0
Südwestpfalz	40,5	46,1	41,0	38,6	6,0	6,2	4,2	4,7
RB Rheinhessen-Pfalz	36,7	41,4	42,0	40,2	7,0	6,9	6,4	6,8
Rheinland-Pfalz	39,1	43,8	41,3	39,4	7,1	6,9	6,1	6,2

Mehrheitsverhältnisse (Zweitstimmen) in den Verwaltungskreisen 1998
und Veränderungen gegenüber 1994



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Zell, wo sie ihren Stimmenanteil auf jetzt 30,7 % erhöhen konnte. Mit 3,4 Prozentpunkten ebenfalls deutliche Zunahmen des Zweitstimmenanteils verzeichneten die Sozialdemokraten in den Landkreisen Ahrweiler, Daun und Ludwigshafen. Während in Ahrweiler und Daun die Rückstände auf die CDU mit 15,9 und 17,8 Prozentpunkten immer noch sehr groß sind, liegt die SPD im Landkreis Ludwigshafen nur um 0,2 Prozentpunkte zurück. Das ist der geringste Abstand zwischen den beiden großen Parteien in allen 24 Kreisen.

Im Landkreis Mainz-Bingen erreichte die F.D.P. mit 9 % ihren höchsten Anteil an Zweitstimmen in allen Landkreisen, sie konnte sich hier gegenüber 1994 um 0,5 Prozentpunkte verbessern. Es folgte der Landkreis Ahrweiler. Hier erhielt die Partei 8,9 % aller Zweitstimmen, gegenüber 1994 ein Rückgang um 0,1 Prozentpunkte. Am wenigsten Erfolg hatten die Freidemokraten mit einem Stimmenanteil von 4,9 % im Kreis Kusel, trotz eines Zugewinns von 0,4 Prozentpunkten.

Die GRÜNEN, die ihre Hochburgen in erster Linie in den Städten haben, verloren in 16 der 24 Landkreise Stimmenanteile und verzeichneten nur in 2 Kreisen über dem Landeswert von 6,1 % liegende Stimmenanteile. Die besten Ergebnisse erreichte die Partei mit 7,8 bzw. 7,2 % in den Landkreisen Mainz-Bingen und Südliche Weinstraße. Dabei verlor sie in Mainz-Bingen 0,2 Prozentpunkte gegenüber 1994, während sie ihr Ergebnis im Kreis Südliche Weinstraße um 0,5 Prozentpunkte verbessern konnte. Am wenigsten Interesse bei den Bürgern weckten die GRÜNEN in den Landkreisen Cochem-Zell und Südwestpfalz. Dort konnten sie nur 4,2 % der gültigen Zweitstimmen auf sich vereinigen, 0,2 bzw. 0,5 Prozentpunkte weniger als bei der Wahl vor vier Jahren. Im Landkreis Alzey-Worms erreichten die GRÜNEN am 27. September mit einem Anteil von 6,1 % genau das Landesergebnis, verzeichneten aber mit einem Minus von 1,3 Prozentpunkten den höchsten Verlust in den Landkreisen.

Sechs Direktmandate für die CDU, zehn für die SPD

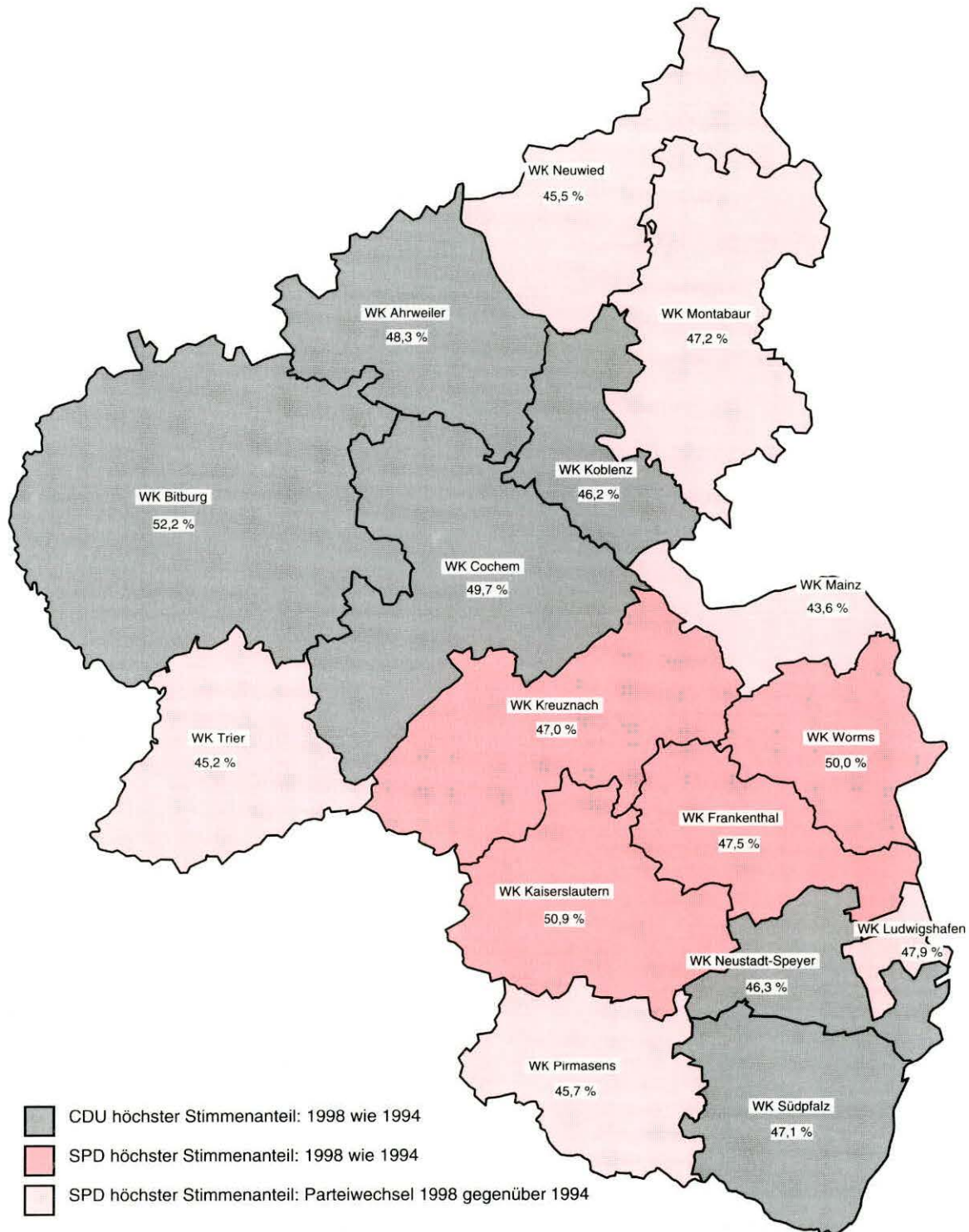
Zum Gewinn des Direktmandates in einem Wahlkreis ist die einfache Mehrheit der Erststimmen ausreichend. Wie auch bei früheren Wahlen konnten in Rheinland-Pfalz 1998 nur Bewerber der zwei großen Parteien Direktmandate erringen.

Die CDU verlor 6 ihrer 1994 gewonnenen Direktmandate an die SPD und erreichte nur noch 6, während die SPD auf nunmehr 10 Direktmandate kommt. Bei den von der CDU zur SPD gewechselten Wahlkreisen handelt es sich um 146 Neuwied, 152 Trier, 153 Montabaur, 154 Mainz, 157 Ludwigshafen und 160 Pirmasens. Den höchsten Erststimmenanteil erreichte die CDU im Wahlkreis 151 Bitburg mit 52,2 %. Der Vorsprung gegenüber der SPD, der 1994 noch knapp 30 800 Stimmen betragen hatte, belief sich am 27. September auf nur noch 20 200 Stimmen. An zweiter Stelle folgte für die Christdemokraten der Wahlkreis 149 Cochem, in dem der Bewerber der CDU mit einem Stimmenanteil von 49,7 % und einem Vorsprung von gut 14 100 Stimmen erfolgreich war. Im Vergleich zu 1994 ist der Vorsprung um rund 10 700 Stimmen geschrumpft. An letzter Stelle der von der CDU gewonnenen Direktmandate steht das im Wahlkreis 148 Koblenz. Hier reichten dem Bewerber 46,2 % der Erststimmen zum Gewinn des Mandates, der Vorsprung betrug nicht ganz 3 700 Stimmen. Vor vier Jahren hatte der christdemokratische Kandidat diesen Wahlkreis noch mit einem Vorsprung von über 14 800 Stimmen und einem Stimmenanteil von 49,8 % gewonnen. Bei den 10 Direktmandaten der SPD verzeichnete der Bewerber im Wahlkreis 159 Kaiserslautern mit 50,9 % den höchsten Erststimmenanteil, der Vorsprung betrug rund 24 200 Stimmen. Vor vier Jahren war der Vorsprung erst gut halb so hoch gewesen. Im Wahlkreis 155 Worms konnte der Bewerber der SPD die Hälfte der gültigen Erststimmen auf sich vereinigen und erzielte einen Stimmenvorsprung von 20 200, 15 000 Stimmen mehr als 1994. Einen Vorsprung von 7 400 Erststimmen hatte der sozialdemokratische Bewerber, der den Wahl-

Stimmenzahl und Stimmenvorsprung der erfolgreichen Kreiswahlvorschläge bei den Bundestagswahlen 1998 und 1994

Wahlkreis	1998				1994			
	Direktmandat der	Erststimmen		Stimmenvorsprung	Direktmandat der	Erststimmen		Stimmenvorsprung
		Anzahl	%			Anzahl	%	
146 Neuwied	SPD	89 208	45,5	2 631	CDU	88 266	46,9	8 812
147 Ahrweiler	CDU	73 338	48,3	11 759	CDU	76 833	52,9	26 472
148 Koblenz	CDU	72 960	46,2	3 693	CDU	78 276	49,8	14 846
149 Cochem	CDU	59 442	49,7	14 147	CDU	62 175	53,6	24 860
150 Kreuznach	SPD	72 549	47,0	7 439	SPD	67 300	44,8	1 766
151 Bitburg	CDU	70 627	52,2	20 217	CDU	74 620	57,1	30 781
152 Trier	SPD	66 858	45,2	2 539	CDU	68 627	47,6	10 979
153 Montabaur	SPD	93 074	47,2	6 004	CDU	89 210	47,2	8 596
154 Mainz	SPD	84 204	43,6	11 188	CDU	77 603	41,2	2 276
155 Worms	SPD	78 371	50,0	20 237	SPD	65 032	43,7	5 255
156 Frankenthal	SPD	61 407	47,5	10 400	SPD	55 378	44,5	2 575
157 Ludwigshafen	SPD	61 150	47,9	9 078	CDU	59 363	46,0	3 540
158 Neustadt-Speyer	CDU	69 516	46,3	7 757	CDU	72 909	49,8	20 103
159 Kaiserslautern	SPD	89 455	50,9	24 195	SPD	83 364	47,9	12 706
160 Pirmasens	SPD	54 882	45,7	6 474	CDU	53 206	44,9	3 388
161 Südpfalz	CDU	78 722	47,1	12 169	CDU	82 146	50,9	24 696

Direktmandate und Stimmenanteile von CDU und SPD
bei der Bundestagswahl 1998 und Veränderungen gegenüber 1994



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

kreis 150 Kreuznach mit einem Stimmenanteil von 47 % erneut gewann. Von den 6 Wahlkreisen, die von der SPD bei der jetzigen Wahl neu hinzu gewonnen wurden, war der Wahlkreis 154 Mainz mit dem geringsten Erststimmenanteil (43,6 %) zu erringen, vor vier Jahren hatten dem CDU-Bewerber sogar 41,2 % der Stimmen zum Sieg gereicht. Der Stimmenvorsprung des CDU-Kandidaten betrug damals nicht ganz 2 300 Stimmen, jetzt errang der Bewerber der SPD mit einem Vorsprung von fast 11 200 Stimmen den Sieg. Den mit rund 2 500 Stimmen geringsten Vorsprung hatte die SPD im neu gewonnenen Wahlkreis 152 Trier. Vier Jahre zuvor lag der CDU-Bewerber noch fast 11 000 Stimmen vor dem sozialdemokratischen Bewerber. Auch im Wahlkreis 146 Neuwied reichten dem SPD-Direktkandidaten gut 2 600 Stimmen Vorsprung zum Gewinn des Mandats.

Der Erststimmenanteil der CDU ging im Landesdurchschnitt gegenüber 1994 um 3,5 Prozentpunkte, und damit etwas geringer als der Zweitstimmenanteil (- 4,7 %), auf nunmehr 43,4 % zurück. In jedem der 16 Bundestagswahlkreise lag 1998 der Anteil der Christdemokraten an den gültigen Erststimmen niedriger als vier Jahre zuvor. Am deutlichsten fiel die Abnahme im Wahlkreis 157 Ludwigshafen aus. Hier wurde der Erststimmenanteil der CDU um 5,2 Prozentpunkte auf jetzt 40,8 % reduziert, was den Verlust dieses Wahlkreises bedeutete. Ebenfalls sehr hoch fiel der Rückgang im Wahlkreis 151 Bitburg aus, wo der Erststimmenanteil 1998 um 4,9 Prozentpunkte unter dem von 1994 lag. Die geringsten Einbußen an Erststimmen (- 1,4 Prozentpunkte) hatten die Christdemokraten im Wahlkreis 150 Kreuznach.

Die SPD konnte ihren Erststimmenanteil bei der Wahl am 27. September im Landesdurchschnitt gegenüber der vorhergehenden Wahl um 4,2 Prozentpunkte auf 44,6 % erhöhen. Damit fiel der Anstieg des Erststimmenanteils wesentlich stärker aus als die Zunahme bei den Zweitstimmen (1,9 Prozentpunkte). Dabei verzeichneten die Sozialdemokraten in allen 16 Bundestagswahlkreisen Zunahmen der Erststimmenanteile. Die größte Zunahme hatte die SPD mit + 6,3 Prozentpunkten im Wahlkreis 155 Worms. Die zweitgrößte Zunahme bei den Erststimmen verzeichneten die Sozialdemokraten mit + 6 Prozentpunkten im Wahlkreis 147 Ahrweiler, der trotzdem von dem CDU-Kandidaten mit einem Stimmenanteil von 48,3 % gewonnen wurde. Am wenigsten zulegen konnte der SPD-Direktkandidat im Wahlkreis 150 Kreuznach. Hier stieg der Erststimmenanteil gegenüber 1994 nur um 2,2 Prozentpunkte.

Die F.D.P. konnte 1998 in 10 der 16 Wahlkreise einen höheren Erststimmenanteil als vier Jahre zuvor erreichen, während ihre Bewerber in den übrigen 6 Wahlkreisen nur unter dem Ergebnis von 1994 liegende Erststimmenanteile erzielten. Den höchsten Verlust musste die Partei im Wahlkreis 149 Cochem hinnehmen. Hier lag der aktuelle Anteil an den Erststimmen um 1,4 Prozentpunkte unter dem von 1994. Das höchste Plus mit 1,5 Prozentpunkten hatten die Freidemokraten im Wahlkreis 154 Mainz.

Die Kandidaten der GRÜNEN erhielten 1998 in allen Wahlkreisen geringere Erststimmenanteile als vier Jahre davor. Mit -3,3 Prozentpunkten musste der Be-

werber dieser Partei im Wahlkreis 154 Mainz den größten Rückgang des Anteils an den Erststimmen hinnehmen. Am niedrigsten war die Abnahme des Erststimmenanteils mit - 0,7 Prozentpunkten im Wahlkreis 160 Pirmasens.

Überhang der Erststimmen bei der CDU höher als bei der SPD

Mit knapp 1,076 Mill. Erststimmen erhielten die Wahlkreisbewerber der CDU 1998 gut 100 300 Stimmen mehr als auf die Partei Zweitstimmen entfielen. Vor vier Jahren betrug der Erststimmenüberhang der Partei knapp 70 400. Die SPD konnte bei der jetzigen Wahl 1,106 Mill. Erststimmen verbuchen. Das waren rund 77 100 mehr, als für diese Partei an Zweitstimmen gezählt wurden. Bei der Wahl 1994 belief sich dieser Vorsprung erst auf nicht ganz 19 600 Stimmen. Ganz anders sah das Ergebnis bei den Freien Demokraten aus. Den 177 000 Zweitstimmen dieser Partei standen 1998 nur 94 400 für ihre Wahlkreisbewerber abgegebene Erststimmen gegenüber. Die Differenz betrug rund 82 600 Stimmen. Bei der Wahl 1994 lag sie mit 79 600 Stimmen etwas niedriger. Damals erreichten die für einen freidemokratischen Direktkandidaten abgegebenen Stimmen einen Anteil von 52,8 %, gemessen an den Zweitstimmen der Partei. Bei der Wahl 1998 lag dieser Prozentsatz mit 53,3 % etwas höher. Bei den GRÜNEN waren vor vier Jahren Erst- und Zweitstimmen zahlenmäßig noch fast ausgewogen, bei der Wahl am 27. September lagen die für Wahlkreisbewerber abgegebenen Stimmen um gut 44 700 unter den auf diese Partei entfallenden Zweitstimmen.

Da die repräsentative Wahlstatistik bei der Bundestagswahl 1998 wiederum ausgesetzt wurde, können über das Stimmensplitting, d.h. über die Vergabe der Erst- und Zweitstimmen an verschiedene Parteien, keine Aussagen gemacht werden.

Im Wahlkreis Südpfalz erhielt der Direktkandidat der CDU über 12 300 Stimmen mehr als seine Partei

Das geltende Wahlrecht gibt den Wählern die Möglichkeit, unabhängig von ihrer Präferenz für eine bestimmte Partei, mit der Erststimme einen Kandidaten unter Persönlichkeitsgesichtspunkten zu wählen. Nimmt man den Vorsprung der auf einen Wahlkreisbewerber einer Partei entfallenden Erststimmen im Vergleich zur Zahl der Zweitstimmen dieser Partei als Maßstab der Wertschätzung oder Anziehungskraft des Direktkandidaten, dann kann man daraus eine gewisse Rangfolge ableiten.

Bei der CDU hatte bei der jetzigen Wahl der Bewerber im Wahlkreis 161 Südpfalz über 12 300 Erststimmen mehr, als die Partei dort Zweitstimmen erhielt. Der Erststimmenanteil lag 7,4 Prozentpunkte höher als der Anteil der Zweitstimmen. Im Landesdurchschnitt betrug der Abstand 4,3 Prozentpunkte. Das zweitbeste Ergeb-

Erst- und Zweitstimmen bei der Bundestagswahl 1998 in den Wahlkreisen

Wahlkreis		Erststimmen		Zweitstimmen		Differenz der Erst- zu den Zweitstimmen	
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%-Punkte
CDU							
146	Neuwied	86 577	44,2	78 578	39,9	7 999	4,3
147	Ahrweiler	73 338	48,3	70 251	45,7	3 087	2,6
148	Koblenz	72 960	46,2	66 608	41,9	6 352	4,3
149	Cochern	59 442	49,7	54 974	45,7	4 468	4,0
150	Kreuznach	65 110	42,2	54 750	35,3	10 360	6,9
151	Bitburg	70 627	52,2	64 163	47,2	6 464	5,0
152	Trier	64 319	43,5	58 309	39,4	6 010	4,1
153	Montabaur	87 070	44,1	78 023	39,4	9 047	4,7
154	Mainz	73 016	37,8	70 643	36,4	2 373	1,4
155	Worms	58 134	37,1	53 269	33,8	4 865	3,3
156	Frankenthal	51 007	39,5	45 960	35,4	5 047	4,1
157	Ludwigshafen	52 072	40,8	45 084	35,3	6 988	5,5
158	Neustadt-Speyer	69 516	46,3	62 833	41,7	6 683	4,6
159	Kaiserslautern	65 260	37,1	59 342	33,6	5 918	3,5
160	Pirmasens	48 408	40,3	46 093	38,1	2 315	2,2
161	Südpfalz	78 722	47,1	66 378	39,7	12 344	7,4
Insgesamt		1 075 578	43,4	975 258	39,1	100 320	4,3
SPD							
146	Neuwied	89 208	45,5	83 604	42,5	5 604	3,0
147	Ahrweiler	61 579	40,6	56 988	37,1	4 591	3,5
148	Koblenz	69 267	43,9	64 058	40,3	5 209	3,6
149	Cochern	45 295	37,9	43 293	36,0	2 002	1,9
150	Kreuznach	72 549	47,0	71 566	46,1	983	0,9
151	Bitburg	50 410	37,2	47 587	35,0	2 823	2,2
152	Trier	66 858	45,2	62 819	42,4	4 039	2,8
153	Montabaur	93 074	47,2	84 210	42,5	8 864	4,7
154	Mainz	84 204	43,6	75 080	38,7	9 124	4,9
155	Worms	78 371	50,0	70 798	45,0	7 573	5,0
156	Frankenthal	61 407	47,5	58 061	44,8	3 346	2,7
157	Ludwigshafen	61 150	47,9	56 260	44,1	4 890	3,8
158	Neustadt-Speyer	61 759	41,1	55 318	36,7	6 441	4,4
159	Kaiserslautern	89 455	50,9	83 360	47,2	6 095	3,7
160	Pirmasens	54 882	45,7	52 179	43,1	2 703	2,6
161	Südpfalz	66 553	39,8	63 705	38,1	2 848	1,7
Insgesamt		1 106 021	44,6	1 028 886	41,3	77 135	3,3
F.D.P.							
146	Neuwied	6 105	3,1	13 536	6,9	- 7 431	-3,8
147	Ahrweiler	7 384	4,9	11 579	7,5	- 4 195	-2,6
148	Koblenz	4 743	3,0	11 079	7,0	- 6 336	-4,0
149	Cochern	7 434	6,2	10 184	8,5	- 2 750	-2,3
150	Kreuznach	4 095	2,7	11 186	7,2	- 7 091	-4,5
151	Bitburg	5 539	4,1	10 558	7,8	- 5 019	-3,7
152	Trier	4 548	3,1	9 112	6,2	- 4 564	-3,1
153	Montabaur	5 940	3,0	13 801	7,0	- 7 861	-4,0
154	Mainz	14 593	7,6	16 681	8,6	- 2 088	-1,0
155	Worms	6 452	4,1	12 225	7,8	- 5 773	-3,7
156	Frankenthal	4 241	3,3	8 559	6,6	- 4 318	-3,3
157	Ludwigshafen	2 424	1,9	7 928	6,2	- 5 504	-4,3
158	Neustadt-Speyer	4 674	3,1	11 150	7,4	- 6 476	-4,3
159	Kaiserslautern	6 420	3,7	10 072	5,7	- 3 652	-2,0
160	Pirmasens	4 713	3,9	7 153	5,9	- 2 440	-2,0
161	Südpfalz	5 103	3,1	12 213	7,3	- 7 110	-4,2
Insgesamt		94 408	3,8	177 016	7,1	- 82 608	-3,3
GRÜNE							
146	Neuwied	7 935	4,1	10 834	5,5	- 2 899	-1,4
147	Ahrweiler	5 972	3,9	8 309	5,4	- 2 337	-1,5
148	Koblenz	6 670	4,2	10 103	6,4	- 3 433	-2,2
149	Cochern	5 107	4,3	6 015	5,0	- 908	-0,7
150	Kreuznach	6 132	4,0	8 475	5,5	- 2 343	-1,5
151	Bitburg	5 954	4,4	7 235	5,3	- 1 281	-0,9
152	Trier	8 304	5,6	11 455	7,7	- 3 151	-2,1
153	Montabaur	7 068	3,6	10 661	5,4	- 3 593	-1,8
154	Mainz	10 700	5,5	19 159	9,9	- 8 459	-4,4
155	Worms	7 821	5,0	10 035	6,4	- 2 214	-1,4
156	Frankenthal	6 344	4,9	7 047	5,4	- 703	-0,5
157	Ludwigshafen	3 716	2,9	6 635	5,2	- 2 919	-2,3
158	Neustadt-Speyer	6 384	4,2	9 857	6,5	- 3 473	-2,3
159	Kaiserslautern	6 648	3,8	9 395	5,3	- 2 747	-1,5
160	Pirmasens	5 025	4,2	5 156	4,3	- 131	-0,1
161	Südpfalz	7 485	4,5	11 638	7,0	- 4 153	-2,5
Insgesamt		107 265	4,3	152 009	6,1	- 44 744	-1,8

nis erzielte der Kandidat der Christdemokraten mit einem Vorsprung von über 10 300 Erststimmen im Wahlkreis 150 Kreuznach. Auch in den übrigen 14 Wahlkreisen erhielten die Direktkandidaten der CDU jeweils mehr Erststimmen als die Partei Zweitstimmen für sich gewinnen konnte. Am schlechtesten schnitten dabei die Bewerber in den Wahlkreisen 154 Mainz und 160 Pirmasens ab. Ihr Vorsprung betrug knapp 2 400 bzw. gut 2 300 Stimmen. Auch bei den Sozialdemokraten konnten alle 16 Wahlkreisbewerber mehr Erststimmen für sich verbuchen als die Partei jeweils Zweitstimmen erhielt. Mit einem Vorsprung von rund 9 100 Stimmen lag der Kandidat im Wahlkreis 154 Mainz eindeutig an der Spitze, gefolgt von dem SPD-Bewerber im Wahlkreis 153 Montabaur, der einen Vorsprung von fast 8 900 Erststimmen erzielte. Im Wahlkreis 150 Kreuznach erhielt der sozialdemokratische Direktkandidat nur rund 1 000 Erststimmen mehr als seine Partei dort Zweitstimmen gewinnen konnte.

Bei der F.D.P. konnte keiner der 16 Wahlkreisbewerber mehr Erststimmen auf sich vereinigen, als die Partei Zweitstimmen im jeweiligen Wahlkreis erhielt. Die

Ergebnisse der F.D.P.-Kandidaten sind jedoch auch unter dem Gesichtspunkt des Stimmensplittings zu betrachten. Den größten Abstand hatten die Bewerber in den Wahlkreisen 153 Montabaur und 146 Neuwied. Ihnen fehlten rund 7 900 bzw. 7 400 Erststimmen, um mit dem Zweitstimmenergebnis der Partei im Wahlkreis gleichzuziehen. Den geringsten Abstand zum Parteistimmenergebnis hatte bei den Freidemokraten der Direktkandidat im Wahlkreis 154 Mainz. Die von ihm erzielte Erststimmenzahl lag um knapp 2 100 unter dem Zweitstimmenergebnis. Bei den GRÜNEN erreichten wegen des Stimmensplittings ebenfalls alle 16 Wahlkreisbewerber ein schlechteres Ergebnis als die Partei selbst. Den größten Rückstand (knapp 8 500) gegenüber den Parteistimmen verbuchte dabei der Kandidat des Wahlkreises 154 Mainz, gefolgt von dem Bewerber im Wahlkreis 161 Südpfalz, der nicht ganz 4 200 Erststimmen weniger erhielt als die Partei dort Zweitstimmen verbuchen konnte. Am leichtesten taten sich die Direktkandidaten der GRÜNEN in den Wahlkreisen 160 Pirmasens, 156 Frankenthal und 149 Cochem. Ihnen fehlten jeweils weniger als 1 000 Stimmen, um das Ergebnis der Partei im Wahlkreis zu erreichen.

Diplom-Volkswirt Helmut Kollmar

Neue Statistik der Gewerbeanzeigen

Bei der Statistik der Gewerbeanzeigen handelt es sich um eine Auswertung von Verwaltungsunterlagen, aus der sich Rückschlüsse auf die Aktivitäten im Bereich der Existenzgründungen und der Betriebs-schließungen ziehen lassen. Sie wurde in Rheinland-Pfalz schon seit 1984 durchgeführt, und zwar mangels einer bundesgesetzlichen Rechtsgrundlage zunächst im Auftrag des damaligen Ministeriums für Wirtschaft und Verkehr. Die Ergebnisse für Rheinland-Pfalz wurden bis Ende 1995 in einem vierteljährlichen statistischen Bericht veröffentlicht. Die isolierte Vorgehensweise hatte den Nachteil, dass Ergebnisse lediglich für 12 der 16 Bundesländer (es fehlten Baden-Württemberg, Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein) vorlagen, deren Vergleichbarkeit aufgrund zum Teil unterschiedlicher Aufbereitungsverfahren zudem eingeschränkt war. Mit dem Gesetz zur Änderung der Gewerbeordnung und sonstiger gewerberechtlicher Vorschriften vom 23. November 1994 (BGBl. I S. 3475) wurde erstmalig eine bundeseinheitliche monatliche Gewerbeanzeigenstatistik angeordnet. Das Gesetz trat 13 Monate nach seiner Verkündung in Kraft, so dass zu Beginn des Jahres 1996 mit der Aufbereitung der Gewerbemeldungen mithilfe von einheitlichen Programmen begonnen werden konnte. Inzwischen können bundesweit branchenmäßig und regional gegliederte Ergebnisse über Betriebsgründungen und -schließungen für einen Zeitraum von mehr als zwei Jahren der Öffentlichkeit präsentiert werden.

Methodische Grundlagen

Durch Einfügung eines neuen Absatzes (Absatz 8 a) in den § 14 der Gewerbeordnung (GewO) ist die gesetzliche Grundlage für die neue Statistik der Gewerbeanzeigen geschaffen worden. Auskunftspflichtig sind danach die Gewerbetreibenden, die ihre Meldepflicht in dem für sie zuständigen Gewerbeamt durch Erstattung der Anzeige erfüllen. Die Gewerbeämter haben die Gewerbeanzeigen monatlich mit den in diesem Absatz ausdrücklich genannten Merkmalen an die statistischen Ämter der Länder für die Durchführung der Gewerbeanzeigenstatistik zu übermitteln.

Anknüpfungspunkt für die Gewerbeanzeigenstatistik ist die Meldepflicht, wonach jedes stehende Gewerbe gegenüber den örtlichen Gewerbeämtern anzuzeigen ist (§ 14 Abs. 1 GewO). Dies gilt nicht nur für Unternehmen, sondern auch für deren Zweigniederlassungen und unselbstständige Zweigstellen. Für die Registrierung der Anzeige in den Gewerbeämtern sind gemäß § 14 Abs. 4 GewO drei verschiedene Meldeformulare gesetzlich vorgeschrieben, und zwar für Anmeldungen, Ummeldungen und Abmeldungen.

Das Anmeldungsformular ist dabei zu verwenden

- bei einer Neugründung,
- bei Übernahme eines Unternehmens durch Kauf, Pacht, Erbe, Änderung der Rechtsform und Eintritt von Gesellschaftern sowie
- bei Zuzug aus einem anderen Meldebezirk.

Das Ummeldungsformular ist abzugeben

- bei Änderung und Erweiterung der wirtschaftlichen Tätigkeit und
- bei Verlegung innerhalb des Meldebezirks.

Das Abmeldungsformular gilt schließlich

- bei vollständiger Aufgabe des gesamten Gewerbebetriebes,
- bei teilweiser Aufgabe eines weiterhin bestehenden Betriebes,
- bei Aufgabe eines weiterhin bestehenden Betriebes wegen Verkauf, Verpachtung, Erbfolge, Änderung der Rechtsform und Austritt eines Gesellschafters sowie
- bei Verlagerung in einen anderen Meldebezirk.

Die Vorschriften für die Verwendung bestimmter Meldeformulare geben einen Hinweis darauf, welche Aktivitäten sich im Einzelnen hinter den in der Statistik verwendeten Begriffen An-, Ab- und Ummeldung verbergen.

Unter dem Begriff Gewerbe wird in diesem Zusammenhang jede erlaubte selbstständige Tätigkeit verstanden, die auf Dauer angelegt ist und mit der Absicht der Gewinnerzielung betrieben wird. Nach § 6 GewO bleiben hierbei jedoch die so genannte Urproduktion (Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Garten- und Weinbau sowie Bergbau), die Freien Berufe (Ärzte, Rechtsanwälte, Notare, Wirtschaftsprüfer, wissenschaftliche und künstlerische oder schriftstellerische Tätigkeiten), die Versicherungsunternehmen und die Verwaltung des eigenen Vermögens außer Betracht. In den folgenden Ergebnissen sind wegen ihres geringen Gewichts außerdem die Automatenaufsteller und die Betreiber eines Reisegewerbes nicht berücksichtigt.

Elektronische Übermittlung der Gewerbedaten

Die 213 Gewerbeämter der kreisfreien Städte, der verbandsfreien Gemeinden und der Verbandsgemeinden in Rheinland-Pfalz übermitteln die Gewerbeanzeigen in der Regel in Form von Durchschlägen der Meldeformulare. Um eine nochmalige manuelle Erfassung zu vermeiden, war das Statistische Landesamt jedoch von Anfang an bemüht, von denjenigen Gewerbeämtern, die für die Führung ihres Gewerberegisters bereits ein maschinelles Verfahren anwenden, die Meldungen auch auf Datenträgern zu erhalten. Ab Mitte 1996 lieferten bereits vier Gewerbeämter ihre Daten auf Disketten. Bis Mai 1998 hat sich die Zahl auf 25 erhöht. Damit werden inzwischen rund 15 % aller Gewerbemeldungen auf Datenträgern übersandt.

Voraussetzung für diese Art der Übermittlung war jedoch, dass die von den Gewerbeämtern benutzte Software bestimmte Vorgaben des Statistischen Bundesamtes, wie zum Beispiel die Verwendung eines bundeseinheitlichen Datensatzes, einhält. Die Einhaltung der Vorgaben musste zuvor mit einem Freigabetest

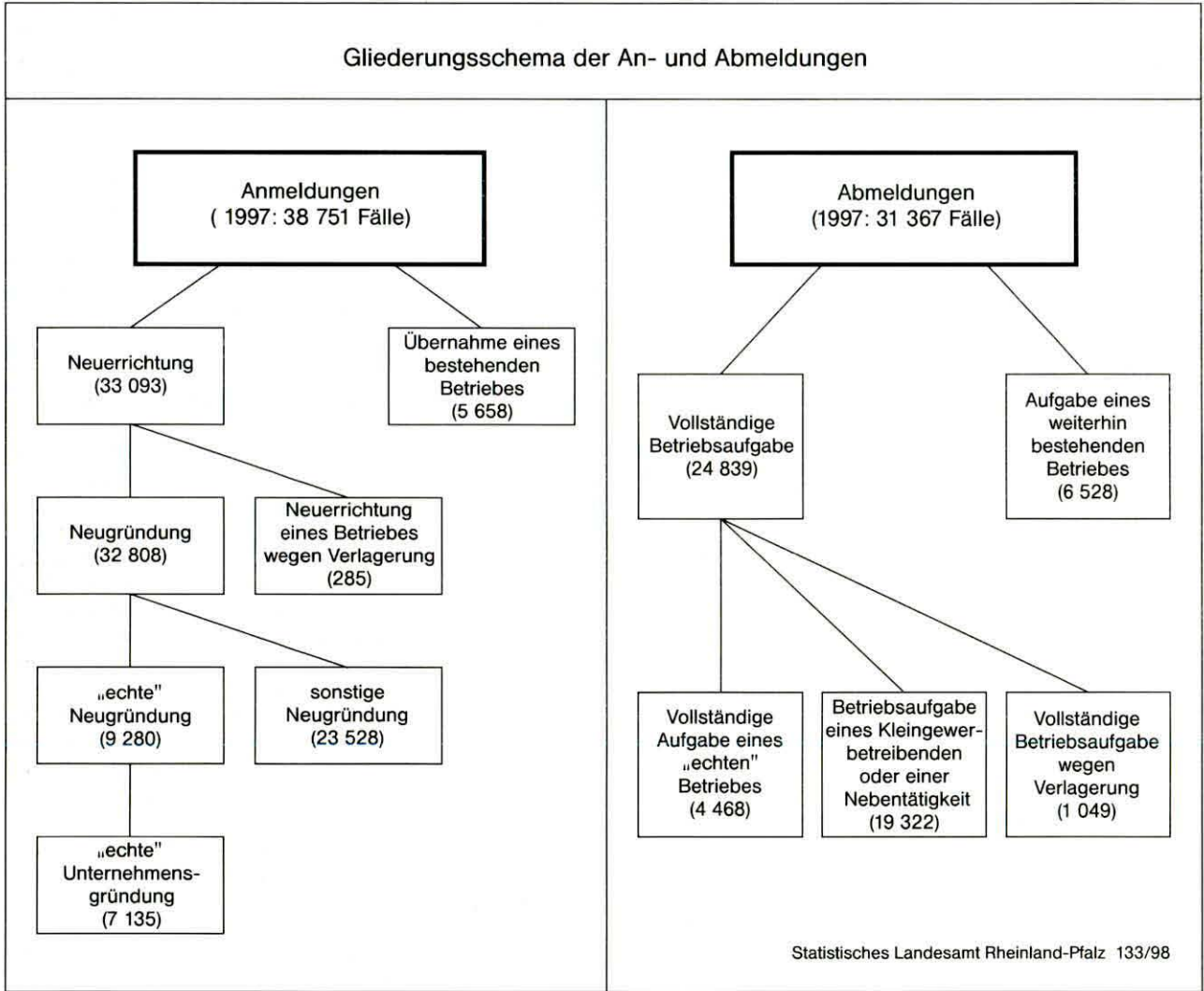
durch das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, das im Rahmen des statistischen Verbundes dazu bestimmt worden war, bestätigt werden. Vor der Weiterverarbeitung müssen die im Edifact-Format gelieferten Daten mit Hilfe eines ebenfalls vom Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen erstellten Programms entschlüsselt werden.

Die Verarbeitung der Disketten war in der ersten Zeit mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden, wodurch sich die Datenlieferung an das Statistische Bundesamt zunächst stark verzögerte. Die im Laufe der Zeit festgestellten Fehler waren vielschichtig. Da die vom Markt angebotene Software in der Regel nicht über Plausibilitätsprüfungen verfügt, die den Anforderungen der amtlichen Statistik gerecht werden, kam es zu einer Fülle von fachlichen Fehlern seitens der Gewerbeämter, zu deren Bereinigung ein Aufwand betrieben werden musste, der den Rationalisierungserfolg durch die Diskettenlieferung wieder weitgehend in Frage stellte. Zahlreiche Rundschreiben, in denen Hinweise zur Vermeidung von Fehlern gegeben wurden, sowie einige Updates der Software-Firmen führten jedoch zwischenzeitlich zu einer deutlichen Verbesserung der Situation. Weitere Probleme waren in Verbindung mit der Entschlüsselung und Umsetzung der im Edifact-Format gelieferten

Daten aufgetreten, die mittlerweile in enger Zusammenarbeit mit dem Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen und dem Statistischen Bundesamt weitgehend gelöst wurden. Wenn die noch vorgesehenen weiteren Änderungen in den Aufbereitungsprogrammen vollzogen sind und sich die Zahl der Disketten liefernden Ämter in dem angekündigten Maße erhöht – 20 weitere Gewerbeämter haben bis zum Jahresende eine Übermittlung ihrer Daten auf Diskette zugesagt –, dürfte in nächster Zeit auch mit einer spürbaren Entlastung des Aufbereitungsgeschäftes zu rechnen sein. Da der Datentransfer mithilfe von Disketten bekanntlich nicht der letzte Stand der Technik ist, sind in jüngster Zeit die drei ersten Gewerbeämter auf eine Übermittlung ihrer Daten per E-Mail übergegangen.

Begrenzte Aussagekraft der Ergebnisse

Von den Ergebnissen der Gewerbeanzeigenstatistik werden insbesondere Aussagen über Gründungsverhalten und Betriebsstillegungen in der Wirtschaft erwartet, die jedoch aufgrund der im Verwaltungsverfahren begründeten Mängel nur mit Einschränkungen möglich sind. Bei der Interpretation der Zahlen ist zu beachten, dass bei den Anmeldungen tendenziell Überfassungen, bei den Um- und Abmeldungen dagegen



Untererfassungen vorkommen. So folgt einer Gewerbeanmeldung nicht immer auch die Aufnahme der gewerblichen Tätigkeit, Abmeldungen oder Änderungen der Tätigkeit werden dagegen häufig nicht angezeigt. Schwer zu eliminieren sind außerdem diejenigen Fälle, in denen ein Gewerbe in erster Linie angemeldet wurde, um in den Genuss von günstigen Einkaufsmöglichkeiten für den privaten Bereich zu kommen, oder ein Gewerbe nur im Nebenerwerb betrieben wird. Problematisch sind ferner die so genannten Scheinselbstständigen, die zwar auf eigenes Risiko, aber in vollständiger Abhängigkeit von einem anderen Unternehmen tätig sind.

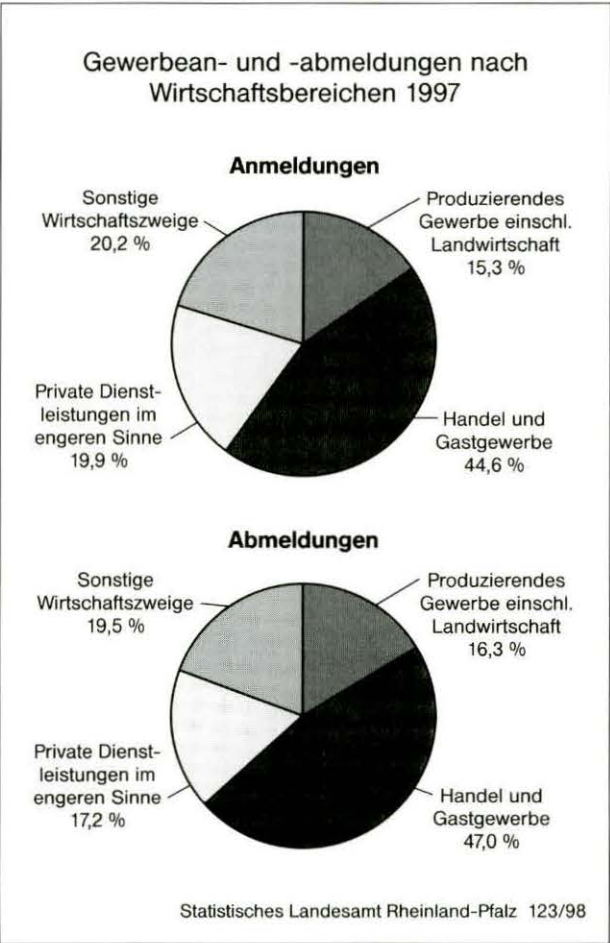
Eine echte Neugründung setzt voraus, dass das angemeldete Unternehmen bisher am Markt noch nicht aufgetreten ist und tatsächlich auch eine selbstständige Tätigkeit aufnimmt. Echte Stilllegungen bedingen demgegenüber ein endgültiges Ausscheiden aus dem Markt. Ihre eindeutige Nachweisung scheitert daran, dass häufig keine oder keine eindeutigen Kenntnisse über die tatsächliche Aufnahme oder den Umfang der wirtschaftlichen Tätigkeit vorhanden sind. Die Angaben über die Zahl der voraussichtlich im angemeldeten Betrieb beschäftigten Arbeitnehmer sind häufig ungenau oder fehlen vollständig. Getrennt nachweisen lassen sich dagegen die Fälle, in denen ein Besitzwechsel oder eine Sitzverlagerung stattgefunden hat, die Rechtsform geändert wurde oder ein Gesellschafter ein- oder ausgetreten ist. Dies alles weist darauf hin, dass eine einfache Saldierung der Gewerbe- und -abmeldungen zur Bestimmung einer Nettogröße, die Aufschluss über das Volumen der Existenzgründungen geben soll, äußerst problematisch ist.

Um trotz der Schwierigkeiten ein annähernd zutreffendes Bild von dem „echten“ Gründungsgeschehen zu erhalten, wurde ein Verfahren entwickelt, das versucht, im Rahmen der maschinellen Plausibilitätsprüfungen die problematischen Fälle anhand eindeutiger Vorgaben von den übrigen Fällen abzugrenzen. Dabei wird maschinell abgefragt, ob es sich bei der Neuerrichtung eines Gewerbebetriebes um die Neugründung einer Hauptniederlassung eines nicht im Handelsregister eingetragenen Einzelunternehmens handelt, das keine Arbeitnehmer beschäftigt und auch nicht in die Handwerksrolle eingetragen ist. Außerdem darf die Meldung keine zusätzliche Information über einen Nebenerwerb enthalten. Alle Fälle, bei denen diese Kriterien zutreffen, werden gesondert markiert und bei der Darstellung der Ergebnisse als „sonstige“ Gründungen von den so genannten „echten“ Neugründungen unterschieden. Mit diesem Vorgehen wird versucht, die Gründungen von Kleingewerbetreibenden, Nebenerwerbsbetrieben sowie die Scheingründungen, denen keine echte gewerbliche Tätigkeit zugrunde liegt, zu isolieren. Das Verfahren hat jedoch einen entscheidenden Mangel, weshalb bisher auch auf eine laufende Veröffentlichung dieser Zahlen verzichtet wurde. Es wird nämlich mit der Zahl der voraussichtlich im Betrieb beschäftigten Arbeitnehmer ein Merkmal als Abgrenzungskriterium verwendet, das von den Meldepflichtigen oft nicht angegeben wird, weil zum Zeitpunkt der Anmeldung noch keine Klarheit über die künftige Betriebsgröße

herrscht. Dazu kommt, dass diese Frage „nur“ von statistischem Interesse ist und ihr deshalb von den Gewerbeämtern nicht die nötige Bedeutung beigemessen wird. Da die Nichtangabe der Beschäftigtenzahl automatisch mit dem Nichtvorhandensein von Arbeitnehmern gleichgesetzt wird, dürfte die Zahl der „echten“ Neugründungen im Gegensatz zu den Anmeldungen insgesamt erheblich unterzeichnet sein. Hier wird die Problematik besonders deutlich, die im Zusammenhang mit der in letzter Zeit wiederholt geäußerten Forderung auftritt, Primärerhebungen durch eine Auswertung von Verwaltungsunterlagen zu ersetzen.

Gut ein Drittel der Gewerbeanmeldungen betrifft Handelsbetriebe

Im Jahre 1997 wurden insgesamt 77 342 Gewerbeanmeldungen abgegeben. Davon waren die Hälfte Anmeldungen, 41 % Abmeldungen und knapp ein Zehntel (9,3 %) Ummeldungen. Von den 38 751 Gewerbetreibenden, die eine Hauptniederlassung, eine Zweigniederlassung oder eine unselbstständige Zweigstelle angemeldet hatten, entfiel gut ein Drittel (34,7 %) auf den Wirtschaftsbereich Handel, Instandsetzung und Reparatur. An diesem Wirtschaftsbereich war der Einzelhandel einschließlich Reparatur von Gebrauchsgütern mit fast zwei Dritteln am stärksten beteiligt. Großhandel und Handelsvermittlung kamen auf 23 % sowie der Bereich Kraftfahrzeughandel einschließlich Repara-



Gewerbean- und -abmeldungen 1996 und 1997 nach Wirtschaftszweigen

Wirtschaftszweig	Anmeldungen					Abmeldungen				
	1996		1997		Veränderung	1996		1997		Veränderung
	Anzahl	%	Anzahl	%		Anzahl	%	Anzahl	%	
Land- und Forstwirtschaft	635	1,8	682	1,8	7,4	399	1,7	526	1,7	31,8
Fischerei und Fischzucht	4	0,0	4	0,0	–	–	–	4	0,0	–
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	9	0,0	16	0,0	77,8	9	0,0	22	0,1	144,4
Kohlenbergbau, Torfgewinnung, Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Bergbau auf Uran- und Thoriumerze	–	–	1	0,0	–	1	0,0	–	–	–
Erzbergbau, Gewinnung von Steinen und Erden	9	0,0	15	0,0	66,7	8	0,0	22	0,1	175,0
Verarbeitendes Gewerbe	1 736	4,8	1 798	4,6	3,6	1 317	5,6	1 770	5,6	34,4
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung	339	0,9	328	0,8	–3,2	354	1,5	450	1,4	27,1
Ernährungsgewerbe	339	0,9	328	0,8	–3,2	354	1,5	450	1,4	27,1
Tabakverarbeitung	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Textil- und Bekleidungsgewerbe	67	0,2	48	0,1	–28,4	51	0,2	59	0,2	15,7
Textilgewerbe	24	0,1	18	0,0	–25,0	15	0,1	20	0,1	33,3
Bekleidungsgewerbe	43	0,1	30	0,1	–30,2	36	0,2	39	0,1	8,3
Ledergewerbe	8	0,0	10	0,0	25,0	19	0,1	27	0,1	42,1
Holzgewerbe (ohne Herstellung von Möbeln)	112	0,3	118	0,3	5,4	82	0,3	122	0,4	48,8
Papier, Verlags- und Druckgewerbe	276	0,8	282	0,7	2,2	171	0,7	241	0,8	40,9
Kokerei, Mineralölverarbeitung	1	0,0	2	0,0	100,0	–	–	–	–	–
Chemische Industrie	16	0,0	37	0,1	131,3	15	0,1	23	0,1	53,3
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	36	0,1	44	0,1	22,2	25	0,1	35	0,1	40,0
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	72	0,2	85	0,2	18,1	51	0,2	89	0,3	74,5
Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	326	0,9	297	0,8	–8,9	199	0,8	257	0,8	29,1
Maschinenbau	180	0,5	245	0,6	36,1	137	0,6	187	0,6	36,5
Herstellung von Büromaschinen, DV-Geräten und -Einrichtungen; Elektrotechnik, Feinmechanik; Optik	121	0,3	115	0,3	–5,0	71	0,3	85	0,3	19,7
Fahrzeugbau	26	0,1	33	0,1	26,9	16	0,1	27	0,1	68,8
Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Sportgeräten und sonstigen Erzeugnissen, Recycling	156	0,4	154	0,4	–1,3	126	0,5	168	0,5	33,3
Energie- und Wasserversorgung	15	0,0	17	0,0	13,3	3	0,0	4	0,0	33,3
Baugewerbe	3 172	8,8	3 452	8,9	8,8	2 085	8,9	2 783	8,9	33,5
Handel; Instandhaltung	12 757	35,5	13 449	34,7	5,4	8 165	34,7	11 150	35,5	36,6
Kraftfahrzeughandel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen; Tankstellen	1 202	3,3	1 410	3,6	17,3	767	3,3	1 124	3,6	46,5
Handelsvermittlung und Großhandel (ohne Kfz-Handel)	3 083	8,6	3 098	8,0	0,5	2 118	9,0	2 784	8,9	31,4
Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen und ohne Tankstellen); Reparatur von Gebrauchsgütern	8 472	23,6	8 941	23,1	5,5	5 280	22,4	7 242	23,1	37,2
Gastgewerbe	3 633	10,1	3 830	9,9	5,4	3 085	13,1	3 612	11,5	17,1
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1 747	4,9	1 998	5,2	14,4	1 373	5,8	1 920	6,1	39,8
Landverkehr; Transport in Rohrfernleitungen	1 018	2,8	994	2,6	–2,4	781	3,3	1 010	3,2	29,3
Schifffahrt	12	0,0	17	0,0	41,7	9	0,0	9	0,0	–
Luftfahrt	5	0,0	9	0,0	80,0	3	0,0	5	0,0	66,7
Hilfs- und Nebentätigkeiten für den Verkehr; Verkehrsvermittlung	384	1,1	466	1,2	21,4	231	1,0	375	1,2	62,3
Nachrichtenübermittlung	328	0,9	512	1,3	56,1	349	1,5	521	1,7	49,3
Kredit- und Versicherungsgewerbe	1 727	4,8	1 847	4,8	6,9	1 186	5,0	1 542	4,9	30,0
Kreditgewerbe	36	0,1	39	0,1	8,3	30	0,1	24	0,1	–20,0
Versicherungsgewerbe	8	0,0	3	0,0	–62,5	2	0,0	7	0,0	250,0
Mit dem Kredit- und Versicherungsgewerbe verbundene Tätigkeiten	1 683	4,7	1 805	4,7	7,2	1 154	4,9	1 511	4,8	30,9
Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Dienstleistungen für Unternehmen	6 665	18,5	7 700	19,9	15,5	3 804	16,2	5 402	17,2	42,0
Grundstücks- und Wohnungswesen	842	2,3	885	2,3	5,1	520	2,2	752	2,4	44,6
Vermietung beweglicher Sachen	373	1,0	369	1,0	–1,1	230	1,0	330	1,1	43,5
Datenverarbeitung und Datenbanken	791	2,2	889	2,3	12,4	386	1,6	566	1,8	46,6
Forschung und Entwicklung	14	0,0	20	0,1	42,9	5	0,0	18	0,1	260,0
Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	4 645	12,9	5 537	14,3	19,2	2 663	11,3	3 736	11,9	40,3
Erziehung und Unterricht	175	0,5	255	0,7	45,7	77	0,3	121	0,4	57,1
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	415	1,2	458	1,2	10,4	216	0,9	312	1,0	44,4
Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	3 282	9,1	3 245	8,4	–1,1	1 810	7,7	2 199	7,0	21,5
Abwasser- und Abfallbeseitigung und sonstige Entsorgung	38	0,1	69	0,2	81,6	34	0,1	28	0,1	–17,6
Interessenvertretungen sowie kirchliche und sonstige religiöse Vereinigungen (ohne Sozialwesen und Sport)	7	0,0	6	0,0	–14,3	2	0,0	4	0,0	100,0
Kultur, Sport und Unterhaltung	709	2,0	855	2,2	20,6	470	2,0	582	1,9	23,8
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	2 528	7,0	2 315	6,0	–8,4	1 304	5,5	1 585	5,1	18,3
Insgesamt	35 972	100	38 751	100	7,7	23 529	100	31 367	100	33,3

tur und Tankstellen auf 10 %. Einen erheblichen Anteil an der Gesamtzahl der Anmeldungen hatte mit einem Fünftel außerdem der Bereich Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung von beweglichen Sachen sowie Dienstleistungen für Unternehmen – im Folgenden kurz „private Dienstleistungen im engeren Sinne“ genannt. Hier spielten die Dienstleistungen, die überwiegend für Unternehmen erbracht werden, wie z. B. Vermittlung und Verwaltung von Grundstücken, Gebäuden und Wohnungen, Softwarehäuser sowie der Bereich Werbung, mit Abstand die größte Rolle. Nach den privaten Dienstleistungen im engeren Sinne folgten das Gastgewerbe (9,9 %), das Baugewerbe (8,9 %) und die öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen (8,4 %). Das Verarbeitende Gewerbe kam dagegen nur auf 4,6 %.

Unter den 31 367 Gewerbeabmeldungen hatte der Bereich Handel, Instandsetzung und Reparatur mit einem Anteil von 35,5 % ebenfalls das größte Gewicht vor den privaten Dienstleistungen im engeren Sinne (17,2 %), dem Gastgewerbe (11,5 %) und dem Baugewerbe (8,9 %).

So genannte „echte“ Neugründungen waren schätzungsweise nur 25 % der Anmeldungen

Bei den Gewerbeanmeldungen handelte es sich zu 84,7 % um eine Neugründung. In 14,7 % der Anmeldungen wurde ein bereits bestehender Betrieb übernommen, und in nur 0,7 % aller Fälle waren die Gewerbetreibenden aus einem anderen Meldebezirk zugezogen. Während man bei den 32 808 Neugründungen in der Regel davon ausgehen kann, dass der angemeldete Betrieb vorher noch nicht existiert hat, enthalten die Neuerrichtungen (33 093 Fälle) außer den Neugründungen auch die Betriebsverlagerungen über die Grenze des Meldebezirks hinweg. In diesen Fällen handelt es sich also um die Neuerrichtung eines Betriebes, einer Zweigniederlassung oder einer unselbstständigen Zweigstelle an einem bestimmten Ort.

Wie bereits erwähnt, weisen die in den Ergebnissen dargestellten Neugründungen einige definitorische Mängel auf, die es nicht geraten erscheinen lassen, diese mit den echten Existenzgründungen gleichzusetzen. Besonders hervorgehoben seien hier noch einmal

Gewerbeanmeldungen 1997 nach Wirtschaftsbereichen und der Art der Meldung

Wirtschaftsbereich	Insgesamt	„Echte“ Neu- gründungen	Übernahmen	Verlagerungen	„Sonstige“ Neu- gründungen
Anzahl					
Land- und Forstwirtschaft	686	132	51	3	500
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	16	3	11	1	1
Verarbeitendes Gewerbe	1 798	736	383	14	665
Energie- und Wasserversorgung	17	11	2	–	4
Baugewerbe	3 452	1 708	316	33	1 395
Handel, Instandhaltung	13 449	2 967	1 858	103	8 521
Gastgewerbe	3 830	506	2 106	9	1 209
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1 998	427	180	11	1 380
Kredit- und Versicherungsgewerbe	1 847	162	55	21	1 609
Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Dienstleistungen für Unternehmen	7 700	1 768	310	65	5 557
Erziehung und Unterricht	255	83	34	2	136
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	458	77	24	5	352
Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	3 245	700	328	18	2 199
Insgesamt	38 751	9 280	5 658	285	23 528
Anteil in %					
Land- und Forstwirtschaft	100	19,2	7,4	0,4	72,9
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	100	18,8	68,8	6,3	6,3
Verarbeitendes Gewerbe	100	40,9	21,3	0,8	37,0
Energie- und Wasserversorgung	100	64,7	11,8	0,0	23,5
Baugewerbe	100	49,5	9,2	1,0	40,4
Handel, Instandhaltung	100	22,1	13,8	0,8	63,4
Gastgewerbe	100	13,2	55,0	0,2	31,6
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	100	21,4	9,0	0,6	69,1
Kredit- und Versicherungsgewerbe	100	8,8	3,0	1,1	87,1
Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Dienstleistungen für Unternehmen	100	23,0	4,0	0,8	72,2
Erziehung und Unterricht	100	32,5	13,3	0,8	53,3
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	100	16,8	5,2	1,1	76,9
Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	100	21,6	10,1	0,6	67,8
Insgesamt	100	23,9	14,6	0,7	60,7

die Gewerbebeanmeldungen, die nicht zur Aufnahme einer gewerblichen Tätigkeit geführt haben bzw. ausschließlich zur Nutzung günstiger Einkaufsmöglichkeiten erfolgt sind. Die in der zuvor beschriebenen Weise erfolgten Umsetzungen von den Neugründungen zu den sonstigen Gründungen ergaben in Rheinland-Pfalz nur noch 9 280 „echte“ Neugründungen als Haupt- oder Nebenerwerb. Das sind 28 % aller Neugründungen bzw. 24 % aller Anmeldungen. Zieht man von den 9 280 so genannten „echten“ Neugründungen noch die Zweigniederlassungen und unselbstständigen Zweigstellen sowie die Anmeldungen einer Nebenerwerbstätigkeit ab, dann beläuft sich die Zahl der „echten“ Unternehmensgründungen noch auf 7 135.

Knapp 80 % der 31 367 Gewerbebeanmeldungen lag eine vollständige Aufgabe des gesamten Betriebes zugrunde, während bei mehr als einem Fünftel (20,8 %) der vom betreffenden Inhaber aufgegebene Betrieb anschließend vollständig (z. B. bei Verkauf und Änderung der Rechtsform) oder teilweise (z. B. bei Aufgabe einer Zweigniederlassung) weiterbestand. In 3,3 % der Fälle wurde ein Betrieb wegen Verlagerung in einen anderen Meldebezirk abgemeldet.

Verstärkte Ansiedlung von Dienstleistungsunternehmen in den Städten

Der folgenden Darstellung der regionalen Struktur der Gewerbebeanmeldungen wurden die Neuerrichtungen von Gewerbebetrieben in dem betreffenden Meldebezirk bzw. die vollständigen Betriebsaufgaben zugrunde gelegt. Von den 33 093 Gewerbebeanmeldungen wegen Neuerrichtung einer Haupt- oder Zweigniederlassung bzw. einer unselbstständigen Zweigstelle entfielen 17 015 oder etwas mehr als die Hälfte auf den Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz. Die Regierungsbezirke Koblenz und Trier folgten mit 38 bzw. 10 %. Unter den kreisfreien Städten ragte Mainz mit 5,1 % heraus vor Ludwigshafen (3,9 %), Koblenz (3,1 %) und Kaiserslautern (3 %). Unter den Landkreisen tat sich der Westerwaldkreis mit 5,9 % aller Neuerrichtungen besonders hervor, gefolgt von den Landkreisen Mainz-Bingen (5,4 %), Neuwied (5 %), Mayen-Koblenz (4,7 %) und Bad Kreuznach (4,1 %).

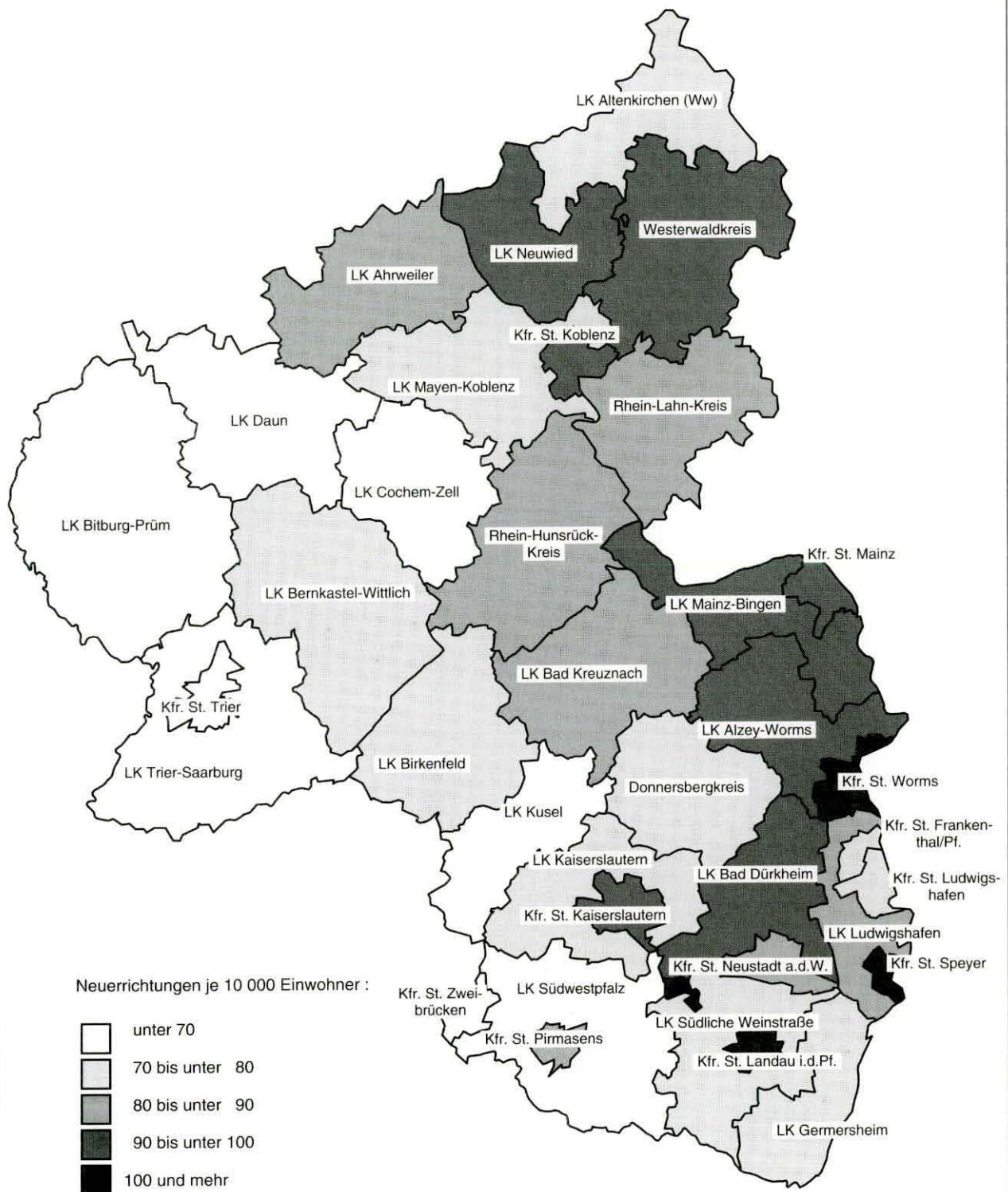
Die vollständigen Betriebsaufgaben verteilten sich nahezu mit dem gleichen Prozentsatz auf die einzelnen Regierungsbezirke wie die Neuerrichtungen. Unter den kreisfreien Städten wies ebenfalls Mainz mit 4,9 % den höchsten Anteil auf, gefolgt von Ludwigshafen (3,3 %), Kaiserslautern (3,1 %) und Worms (2,6 %). Bei den Landkreisen lagen auch hier der Westerwaldkreis und der Kreis Mainz-Bingen (jeweils 5,6 %) vorn.

Da die vorstehenden Ergebnisse im Wesentlichen von der Größe des jeweiligen Verwaltungsbezirks beeinflusst sind, würde sich die Relation Gewerbebeanmeldungen bezogen auf die Zahl der vorhandenen Gewerbebetriebe besser für einen Vergleich der Verwaltungsbezirke untereinander eignen. Seit der Arbeitsstättenzählung 1987 stehen jedoch keine neueren Informationen mehr über den Bestand der Arbeitsstätten in allen Bereichen der gewerblichen Wirtschaft zur Verfügung.

Neuerrichtungen und vollständige Betriebsaufgaben 1997 nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Neuerrichtungen		Vollständige Betriebsaufgaben	
	insgesamt	je 10 000 Einwohner	insgesamt	je 10 000 Einwohner
Kreisfreie Stadt Koblenz	1 039	95	593	54
Landkreise				
Ahrweiler	1 023	80	747	59
Altenkirchen (Ww.)	1 040	76	831	61
Bad Kreuznach	1 348	86	1 137	73
Birkenfeld	683	75	539	59
Cochem-Zell	437	67	354	54
Mayen-Koblenz	1 559	75	1 068	51
Neuwied	1 642	90	1 328	73
Rhein-Hunsrück-Kreis	893	85	673	64
Rhein-Lahn-Kreis	1 086	85	796	62
Westerwaldkreis	1 947	98	1 399	70
RB Koblenz	12 697	84	9 465	63
Kreisfreie Stadt Trier	692	69	460	46
Landkreise				
Bernkastel-Wittlich	810	71	598	53
Bitburg-Prüm	606	63	501	52
Dauern	438	69	346	54
Trier-Saarburg	835	62	650	48
RB Trier	3 381	66	2 555	50
Kreisfreie Städte				
Frankenthal (Pfalz)	377	77	330	68
Kaiserslautern	1 001	99	782	77
Landau i. d. Pfalz	436	109	295	74
Ludwigshafen a. Rhein	1 285	77	820	49
Mainz	1 679	90	1 206	65
Neustadt a. d. Weinstr.	433	81	389	72
Pirmasens	378	80	346	73
Speyer	554	112	446	90
Worms	833	103	651	81
Zweibrücken	239	67	150	42
Landkreise				
Alzey-Worms	1 171	97	725	60
Bad Dürkheim	1 219	92	915	69
Donnersbergkreis	559	72	454	59
Germersheim	966	79	759	62
Kaiserslautern	871	79	598	54
Kusel	490	62	369	46
Südliche Weinstraße	848	78	621	57
Ludwigshafen	1 184	81	1 006	69
Mainz-Bingen	1 776	93	1 384	73
Südwestpfalz	716	68	573	54
RB Rheinhessen-Pfalz	17 015	85	12 819	64
Rheinland-Pfalz	33 093	82	24 839	62
Kreisfreie Städte	8 946	88	6 468	63
Landkreise	24 147	81	18 371	61

Intensität der Neuerrichtungen in den Landkreisen und kreisfreien Städten 1997



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Neuerrichtungen 1997 nach Verwaltungsbezirken und Wirtschaftsbereichen

Verwaltungsbezirk	Neuerrichtungen insgesamt	Produzierendes Gewerbe ¹⁾	Handel, Gastgewerbe	Verkehr und Nachrichtenübermittlung; Kredit- und Versicherungsgewerbe	Grundstücks- und Wohnungswesen; Dienstleistungen überwiegend f. Unternehmen	Sonstige
	Anzahl	Anteil in %				
Kreisfreie Stadt Koblenz	1 039	12,4	39,5	11,3	26,0	10,9
Landkreise						
Ahrweiler	1 023	19,9	39,9	8,3	21,4	10,5
Altenkirchen (Ww.)	1 040	24,7	39,4	10,7	17,4	7,8
Bad Kreuznach	1 348	15,1	38,8	8,8	24,9	12,3
Birkenfeld	683	14,9	47,6	11,0	14,1	12,4
Cochem-Zell	437	16,5	52,2	9,4	12,6	9,4
Mayen-Koblenz	1 559	15,5	41,1	11,9	20,2	11,4
Neuwied	1 642	18,4	36,3	10,7	24,7	9,9
Rhein-Hunsrück-Kreis	893	17,7	39,0	12,0	22,8	8,5
Rhein-Lahn-Kreis	1 086	15,7	39,2	11,9	21,8	11,3
Westerwaldkreis	1 947	20,8	37,2	10,3	20,8	10,9
RB Koblenz	12 697	17,7	39,7	10,6	21,5	10,6
Kreisfreie Stadt Trier	692	9,1	39,2	13,3	26,9	11,6
Landkreise						
Bernkastel-Wittlich	810	18,3	42,8	10,9	15,7	12,3
Bitburg-Prüm	606	19,8	46,9	9,2	15,5	8,6
Daun	438	19,4	40,9	9,6	21,0	9,1
Trier-Saarburg	835	18,4	41,9	11,0	17,6	11,0
RB Trier	3 381	16,9	42,3	10,9	19,1	10,8
Kreisfreie Städte						
Frankenthal (Pfalz)	377	15,6	36,1	16,2	24,1	8,0
Kaiserslautern	1 001	9,9	47,5	8,5	24,7	9,5
Landau i. d. Pfalz	436	10,3	47,5	9,9	19,0	13,3
Ludwigshafen a. Rhein	1 285	12,7	42,0	13,6	22,8	8,9
Mainz	1 679	10,0	33,0	10,1	35,7	11,2
Neustadt a. d. Weinstr.	433	16,9	37,2	10,2	22,9	12,9
Pirmasens	378	12,7	51,6	11,6	14,0	10,1
Speyer	554	13,0	47,5	7,8	22,4	9,4
Worms	833	14,3	40,7	11,0	23,5	10,4
Zweibrücken	239	15,9	40,6	12,6	19,2	11,7
Landkreise						
Alzey-Worms	1 171	14,6	38,4	11,2	24,2	11,6
Bad Dürkheim	1 219	15,6	40,9	10,7	22,6	10,3
Donnersbergkreis	559	15,9	43,5	10,7	19,9	10,0
Germersheim	966	14,7	38,8	12,1	22,9	11,5
Kaiserslautern	871	17,5	39,6	11,3	21,5	10,2
Kusel	490	18,2	36,5	13,7	19,8	11,8
Südliche Weinstraße	848	16,6	38,0	12,1	21,3	11,9
Ludwigshafen	1 184	13,7	38,9	13,3	22,0	12,1
Mainz-Bingen	1 776	14,5	38,0	9,6	25,8	12,2
Südwestpfalz	716	15,9	46,4	10,2	15,9	11,6
RB Rheinhessen-Pfalz	17 015	14,1	40,2	11,1	23,6	11,0
Rheinland-Pfalz	33 093	15,7	40,2	10,9	22,3	10,8
Kreisfreie Städte	8 946	12,0	40,8	11,1	25,6	10,5
Landkreise	24 147	17,1	40,0	10,8	21,1	10,9

1) Einschließlich Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Fischzucht.

Im zentralen Unternehmensregister, das sich zurzeit im Aufbau befindet und künftig umfassende Arbeitsstättenzählungen ersetzen soll, fehlt noch der gesamte Dienstleistungsbereich. Aus diesem Grunde wird nachstehend ersatzweise die Zahl der Gewerbemeldungen pro 10 000 Einwohner als Indikator für die Intensität der Meldetätigkeit in den einzelnen Regionen verwendet.

Bei durchschnittlich 82 Neuerrichtungen von Gewerbebetrieben pro 10 000 Einwohner im Land schneidet der Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz mit 85 Neuerrichtungen am besten ab, dicht gefolgt vom Regierungsbezirk Koblenz (84). Der Regierungsbezirk Trier fiel mit 66 Neuerrichtungen auf 10 000 Einwohner dagegen ab. Unter den kreisfreien Städten, die mit einer Ziffer von 88 deutlich vor den Landkreisen (81) lagen, nimmt Speyer (112) vor Landau (109), Worms (103), Kaiserslautern (99), Koblenz (95) und Mainz (90) eine Spitzenstellung ein. Die niedrigsten Neuerrichtungsintensitäten unter den kreisfreien Städten verzeichneten dagegen Zweibrücken (67) und Trier (69). Unter den Landkreisen steht der Westerwaldkreis (98) an erster Stelle. Mit 97 Neuerrichtungen erreichte der Kreis Alzey-Worms jedoch fast die gleiche Intensität. Mit etwas größerem Abstand folgen dann die Landkreise Mainz-Bingen (93), Bad Dürkheim (92) und Neuwied (90). Die geringste Zahl von Neuerrichtungen je 10 000 Einwohner hatten die Landkreise Trier-Saarburg und Kusel (jeweils 62) sowie Bitburg-Prüm (63).

Zu der Zahl der Neuerrichtungen von Gewerbebetrieben in den Verwaltungsbezirken trugen die einzelnen Wirtschaftsbereiche in sehr unterschiedlichem Maße bei. Mit 4 130 neu angemeldeten Betrieben (17,1 %) war das Produzierende Gewerbe in den Landkreisen relativ stärker vertreten als in den kreisfreien Städten, wo dieser Wirtschaftsbereich nur auf einen Anteil von 12 % kam. Dagegen hatten vor allem die privaten Dienstleistungen im engeren Sinne in den kreisfreien Städten (25,6 %) ein deutlich höheres Gewicht als in den Landkreisen (21,1 %). Unter den kreisfreien Städten trug die Landeshauptstadt Mainz mit einem Anteil von 35,7 % mit Abstand am stärksten zu dem hohen Gewicht der privaten Dienstleistungen im engeren Sinne bei. Danach folgen Trier (26,9 %) und Koblenz (26 %). Der relativ hohe Anteil des Produzierenden Gewerbes in den Landkreisen geht in erster Linie auf die Landkreise Westerwald (20,8 %) und Ahrweiler (19,9 %) zurück. Hieraus lässt sich auf einen Strukturwandel schließen, der in einer Verlagerung der Industrie aus den Städten in die ländlichen Gebiete, verbunden mit einer verstärkten Ansiedlung von Dienstleistungsunternehmen in den Städten, zum Ausdruck kommt.

Besonders hohe Fluktuation in Speyer

In ganz Rheinland-Pfalz wurden pro 10 000 Einwohner durchschnittlich 62 vollständige Betriebsaufgaben gezählt. In den kreisfreien Städten lag die Zahl der Betriebsschließungen pro 10 000 Einwohner mit 63 etwas höher als in den Landkreisen (61). Unter den kreisfreien Städten verzeichnete Speyer mit Abstand die höchste Intensität (90), gefolgt von Worms (81), Kaiserslautern (77), Landau (74) und Pirmasens (73). Die Tatsache, dass in diesen Städten mit Ausnahme von Pir-

masens auch eine hohe Neuerrichtungsintensität beobachtet wurde, deutet auf eine besonders hohe Fluktuation hin. In Pirmasens dürfte u. a. die anhaltende Strukturkrise in der Schuhindustrie zu den Betriebsschließungen beigetragen haben. Unter den Landkreisen gab es in den Kreisen Neuwied, Bad Kreuznach und Mainz-Bingen mit jeweils 73 vollständigen Betriebsaufgaben die höchste Zahl auf 10 000 Einwohner. Danach folgen der Westerwaldkreis (70) sowie die Kreise Bad Dürkheim und Ludwigshafen (jeweils 69). In diesen Landkreisen wurde auch eine hohe Neuerrichtungsintensität beobachtet, woraus hier ebenfalls auf eine besonders hohe Fluktuation zu schließen ist.

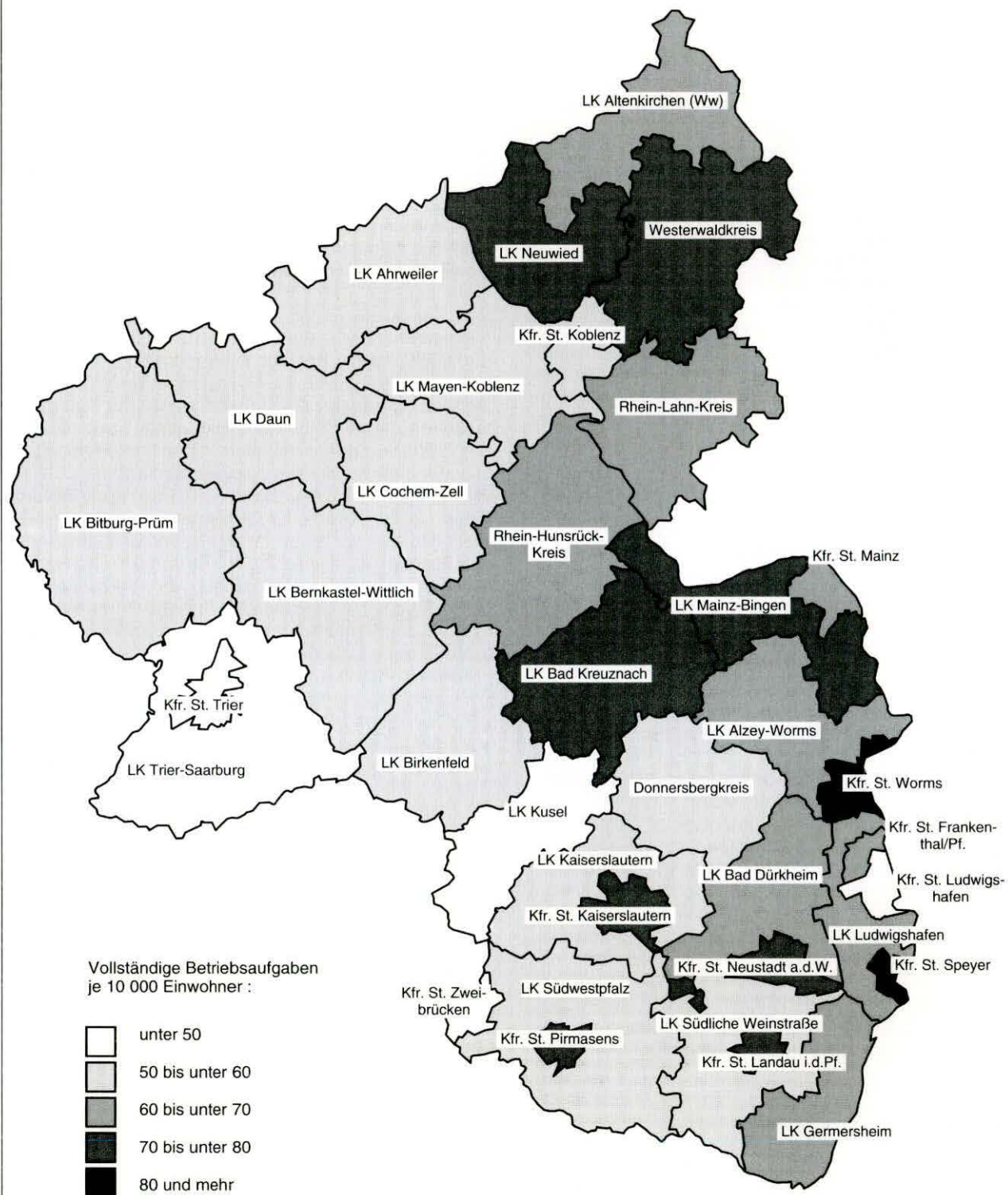
Auch bei den Betriebsschließungen waren die einzelnen Wirtschaftsbereiche in unterschiedlich starkem Maße am Gesamtergebnis beteiligt. Das Produzierende Gewerbe hatte sowohl bei den Neuerrichtungen als auch bei den Betriebsschließungen im Durchschnitt aller Landkreise einen deutlich höheren Anteil als im Durchschnitt der kreisfreien Städte. Im Bereich Handel und Gastgewerbe traf dies im Wesentlichen nur auf die Betriebsaufgaben zu, was auf einen weiteren Rückgang der Versorgung des ländlichen Raumes mit Gütern des täglichen Bedarfs hindeutet. Das relativ hohe Gewicht des Produzierenden Gewerbes in den Landkreisen geht in erster Linie auf die Landkreise Altenkirchen (23,1 %), Westerwald (21,7 %), Daun (20,5 %) und Bitburg-Prüm (20 %) zurück. Im Gegensatz zum Westerwaldkreis standen vor allem in den in der Eifel gelegenen Landkreisen Daun und Bitburg-Prüm dem relativ hohen Anteil von Betriebsschließungen im Produzierenden Gewerbe nicht in gleichem Maße Neuerrichtungen von Produktionsbetrieben gegenüber. Die privaten Dienstleistungen im engeren Sinne hatten mit 23,1 % in den kreisfreien Städten einen erheblich höheren Anteil an den Betriebsschließungen als in den Landkreisen (18,4 %). Hierzu trug die Stadt Mainz mit 30,1 % am stärksten bei, gefolgt von den Städten Ludwigshafen (25,6 %), Trier (24,6 %), Koblenz und Neustadt (jeweils 23,1 %). Während in Mainz, Trier und Koblenz die privaten Dienstleistungen auch bei den Neuerrichtungen ein hohes Gewicht hatten, trifft dies auf die Städte Ludwigshafen und Neustadt nicht in dem gleichen Maße zu.

Monatliche Entwicklung seit Januar 1996 zeigt leicht ansteigenden Trend

Die Zahl der Gewerbemeldungen hat sich von 42 100 im Jahre 1984 um 83,7 % auf über 77 000 im vergangenen Jahr erhöht. Das entspricht in den 13 Jahren einer durchschnittlichen jährlichen Steigerungsrate von 4,8 %. Die Entwicklung verlief jedoch mit erheblichen Schwankungen.

Während die Gewerbeanzeigen bis Ende 1995 nur vierteljährlich ausgewertet worden sind, liegen von 1996 an auch monatliche Ergebnisse vor. Sie wurden zunächst mit gewisser Skepsis betrachtet, weil sie eine zeitnahe Lieferung der Gewerbemeldungen voraussetzen. Dies war in der Vergangenheit nicht immer der Fall. Da kein besonderer Druck dahinterstand, gingen die Meldungen zum Teil erst mit halbjähriger Verzögerung

Intensität der vollständigen Betriebsaufgaben
in den Landkreisen und kreisfreien Städten 1997



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Vollständige Betriebsaufgaben 1997 nach Verwaltungsbezirken und Wirtschaftsbereichen

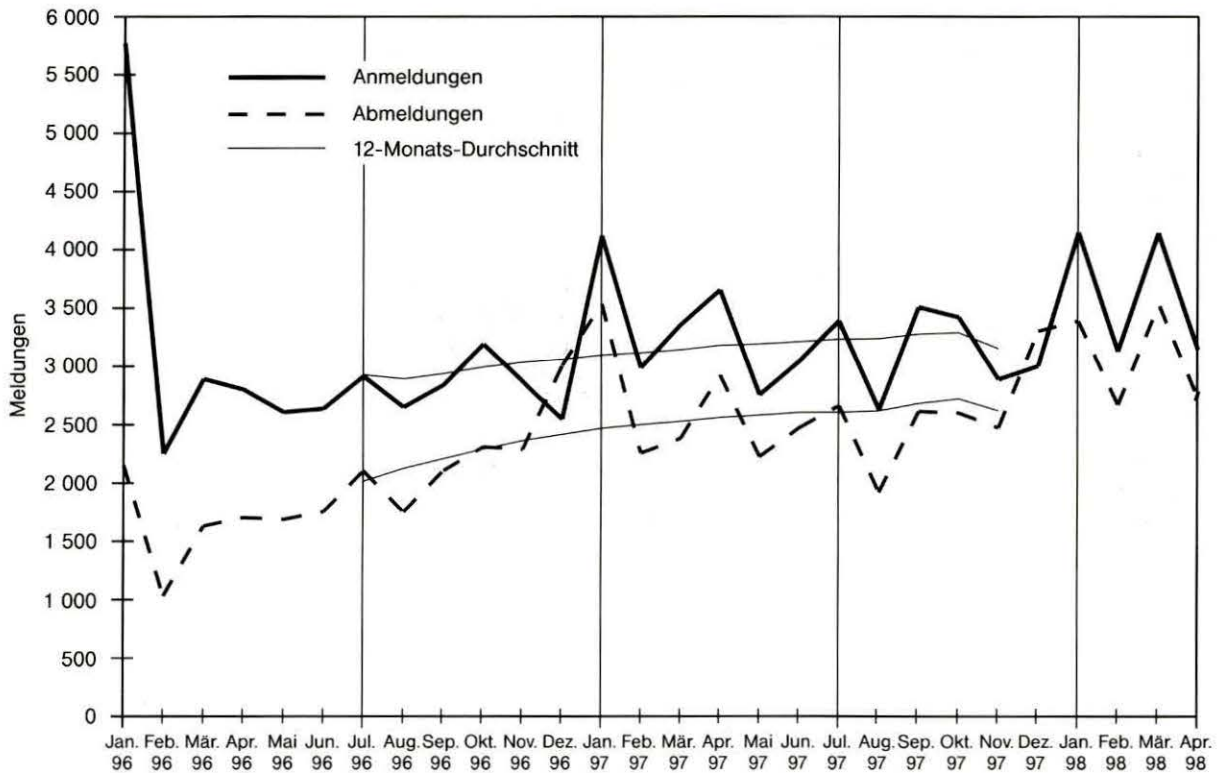
Verwaltungsbezirk	Vollständige Betriebsaufgaben insgesamt	Produzierendes Gewerbe ¹⁾	Handel, Gastgewerbe	Verkehr und Nachrichtenübermittlung; Kredit- und Versicherungsgewerbe	Grundstücks- und Wohnungswesen; Dienstleistungen überwiegend f. Unternehmen	Sonstige
	Anzahl	Anteil in %				
Kreisfreie Stadt Koblenz	593	11,3	42,0	15,0	23,1	8,6
Landkreise						
Ahrweiler	747	19,8	43,2	10,8	18,3	7,8
Altenkirchen (Ww.)	831	23,1	42,4	10,8	15,6	8,1
Bad Kreuznach	1 137	14,0	42,9	11,0	22,6	9,5
Birkenfeld	539	17,6	50,5	12,6	11,7	7,6
Cochem-Zell	354	17,8	52,3	13,6	9,9	6,5
Mayen-Koblenz	1 068	16,0	44,9	12,1	17,9	9,2
Neuwied	1 328	16,6	43,8	10,0	20,6	9,0
Rhein-Hunsrück-Kreis	673	19,3	43,2	12,5	17,4	7,6
Rhein-Lahn-Kreis	796	16,3	43,1	10,3	19,5	10,8
Westerwaldkreis	1 399	21,7	42,3	9,7	18,7	7,6
RB Koblenz	9 465	17,7	43,9	11,3	18,6	8,5
Kreisfreie Stadt Trier	460	11,3	43,0	12,4	24,6	8,7
Landkreise						
Bernkastel-Wittlich	598	18,6	48,0	11,5	11,9	10,0
Bitburg-Prüm	501	20,0	44,3	15,0	15,0	5,8
Daun	346	20,5	42,8	17,3	12,4	6,9
Trier-Saarburg	650	19,1	43,4	14,9	15,5	7,1
RB Trier	2 555	17,9	44,5	14,0	15,8	7,8
Kreisfreie Städte						
Frankenthal (Pfalz)	330	17,3	38,8	13,3	22,4	8,2
Kaiserslautern	782	12,3	46,4	12,4	21,9	7,0
Landau i. d. Pfalz	295	14,2	45,8	11,9	14,9	13,2
Ludwigshafen a. Rhein	820	14,4	37,7	16,6	25,6	5,7
Mainz	1 206	13,3	35,0	11,7	30,1	9,9
Neustadt a. d. Weinstr.	389	20,1	38,3	13,1	23,1	5,4
Pirmasens	346	15,3	52,6	11,6	12,4	8,1
Speyer	446	13,0	48,7	9,6	20,4	8,3
Worms	651	18,7	40,4	10,8	21,2	8,9
Zweibrücken	150	17,3	46,7	13,3	14,7	8,0
Landkreise						
Alzey-Worms	725	15,6	40,0	14,2	21,1	9,1
Bad Dürkheim	915	14,5	43,6	13,4	19,5	9,0
Donnersbergkreis	454	15,2	43,6	13,2	17,8	10,1
Germersheim	759	16,9	41,2	12,4	19,0	10,5
Kaiserslautern	598	17,2	45,2	13,0	16,7	7,9
Kusel	369	14,1	47,4	13,0	16,0	9,5
Südliche Weinstraße	621	17,6	42,4	14,2	18,4	7,6
Ludwigshafen	1 006	15,0	38,2	16,5	21,4	8,9
Mainz-Bingen	1 384	14,8	37,2	12,3	25,4	10,3
Südwestpfalz	573	18,0	47,8	12,7	13,3	8,2
RB Rheinhessen-Pfalz	12 819	15,4	41,5	13,1	21,2	8,8
Rheinland-Pfalz	24 839	16,6	42,7	12,5	19,6	8,6
Kreisfreie Städte	6 468	14,4	41,5	12,7	23,1	8,3
Landkreise	18 371	17,3	43,1	12,4	18,4	8,7

1) Einschließlich Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Fischzucht.

Gewerbean-, -ab- und -ummeldungen Januar 1996 bis April 1998

Jahr	Monat	Anmeldungen		Abmeldungen		Um- meldungen
		insgesamt	Neu- errichtungen	insgesamt	vollständige Betriebsaufgaben	
Anzahl						
1996	Januar	5 776	4 380	2 153	1 709	595
	Februar	2 252	1 894	1 030	817	452
	März	2 891	2 462	1 631	1 277	535
	April	2 801	2 377	1 704	1 309	473
	Mai	2 608	2 338	1 687	1 408	410
	Juni	2 635	2 359	1 753	1 441	420
	Juli	2 915	2 587	2 104	1 716	514
	August	2 651	2 312	1 752	1 413	495
	September	2 840	2 602	2 108	1 719	547
	Oktober	3 189	2 837	2 311	1 939	587
	November	2 869	2 581	2 288	1 881	464
	Dezember	2 545	2 218	3 008	2 440	519
1996	Januar bis Dezember	35 972	30 947	23 529	19 069	6 011
1997	Januar	4 117	3 511	3 538	2 792	676
	Februar	2 987	2 685	2 255	1 784	588
	März	3 353	2 881	2 381	1 852	591
	April	3 654	3 108	2 923	2 352	667
	Mai	2 755	2 418	2 225	1 818	555
	Juni	3 044	2 644	2 471	1 983	637
	Juli	3 390	2 924	2 664	2 117	623
	August	2 627	2 252	1 919	1 516	467
	September	3 508	2 968	2 614	2 037	634
	Oktober	3 422	2 906	2 600	2 033	640
	November	2 889	2 430	2 474	1 966	621
	Dezember	3 005	2 366	3 303	2 589	525
1997	Januar bis Dezember	38 751	33 093	31 367	24 839	7 224
1998	Januar	4 149	3 388	3 467	2 635	779
	Februar	3 129	2 669	2 393	1 883	665
	März	4 144	3 520	3 101	2 429	773
	April	3 143	2 698	2 434	1 928	578
1998	Januar bis April	14 565	12 275	11 395	8 875	2 795
Veränderung gegenüber dem Vorjahr bzw. Vorjahresmonat in %						
1997	Januar	-28,7	-19,8	64,3	63,4	13,6
	Februar	32,6	41,8	118,9	118,4	30,1
	März	16,0	17,0	46,0	45,0	10,5
	April	30,5	30,8	71,5	79,7	41,0
	Mai	5,6	3,4	31,9	29,1	35,4
	Juni	15,5	12,1	41,0	37,6	51,7
	Juli	16,3	13,0	26,6	23,4	21,2
	August	-0,9	-2,6	9,5	7,3	-5,7
	September	23,5	14,1	24,0	18,5	15,9
	Oktober	7,3	2,4	12,5	4,8	9,0
	November	0,7	-5,9	8,1	4,5	33,8
	Dezember	18,1	6,7	9,8	6,1	1,2
1997	Januar bis Dezember	7,7	6,9	33,3	30,3	20,2
1998	Januar	0,8	-3,5	-2,0	-5,6	15,2
	Februar	4,8	-0,6	6,1	5,5	13,1
	März	23,6	22,2	30,2	31,2	30,8
	April	-14,0	-13,2	-16,7	-18,0	-13,3
1998	Januar bis April	3,2	0,7	2,7	1,1	10,8

Gewerbean- und -abmeldungen Januar 1996 bis April 1998



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 125/98

beim Statistischen Landesamt ein. Mit dem Übergang auf die monatliche Aufbereitung wurden die Gewerbeämter daher aufgefordert, ihre Meldungen pünktlich und vollständig bis zum 10. Arbeitstag des auf den Meldemonat folgenden Monats an das Statistische Landesamt zu übermitteln, wobei zur Vermeidung von unnötigen Erinnerungen gegebenenfalls auch Fehlanzeigmeldungen abzugeben sind. Trotzdem mussten die Gewerbeämter noch häufig an die Abgabe erinnert werden. Nach Ablauf von fast zweieinhalb Jahren kann jedoch festgestellt werden, dass sich die Meldeweise der Gewerbeämter inzwischen wesentlich gebessert hat. Hierzu hat außerdem die zunehmende Übermittlung der Daten auf Datenträgern beigetragen. Da sich die Aufbereitung der Daten im ersten Jahr nach der Umstellung ohnehin erheblich verzögert hatte, konnten auch die verspätet eingegangenen Meldungen noch nachträglich dem betreffenden Meldemonat zugeordnet werden, so dass 1996 und im ersten Halbjahr 1997 von einer recht zuverlässigen monatlichen Darstellung des Meldewesens in den Ergebnissen der Gewerbeanzeigenstatistik ausgegangen werden kann. In der darauf folgenden Zeit musste jedoch in Kauf genommen werden, dass vereinzelt Nachmeldungen erst in die Ergebnisse des darauf folgenden Monats einfließen. Mit fortschreitender Gewöhnung der Gewerbeämter an die neue Meldeweise werden noch weitere Verbesserungen in der Ergebnisqualität erwartet.

Die monatlichen Schwankungen des Meldevolumens haben vor allem saisonale Gründe. So ist die hohe Zahl von Meldungen im Januar eines jeden Jahres darauf zurückzuführen, dass Betriebe meist zum 1. Januar an- oder abgemeldet werden. Eine weitere Spitze gibt es aus dem gleichen Grund im Juli. Eine erhöhte Meldetätigkeit ist ferner in den Monaten März/April und September/Okttober zu beobachten, wobei von Jahr zu Jahr hier die Schwerpunkte unterschiedlich gesetzt sind.

Um einen Trend aus dem Verlauf der Gewerbeanmeldungen ablesen zu können, muss eine Glättung der Kurve erfolgen. Hierfür eignet sich die Methode der gleitenden Durchschnitte recht gut, weil sie alle regelmäßigen Schwingungen, die die säkulare Entwicklung überlagern, eliminiert, ohne dass eine bestimmte mathematische Funktion für den Verlauf des Trends zugrunde gelegt werden muss. Da es sich hier um jährlich sich wiederholende Schwankungen handelt, sollten auch 12-Monats-Durchschnitte verwendet werden. Nachteilig wirkt sich dabei jedoch aus, dass der hierdurch nicht abgedeckte aktuelle Rand der Zeitreihe immerhin ein halbes Jahr umfasst. Trotzdem lässt sich aus der auf diese Weise ermittelten Kurve für die Monate Juli 1996 bis Oktober 1997 ein relativ gleichmäßig ansteigender Trend ablesen, der bei den Gewerbeanmeldungen u. a. wegen der extrem hohen Zahl im Januar 1996 etwas flacher verläuft als bei den Abmeldungen.

Schlussbemerkungen

Die im Verlauf der Ausführungen wiederholten Hinweise auf die Grenzen der Aussagefähigkeit der Ergebnisse sollen nicht als grundsätzliche Kritik an der Konzeption der Gewerbeanzeigenstatistik verstanden werden, sondern lediglich helfen, Fehlinterpretationen zu vermeiden. Da die Ergebnisse einer Statistik nur so gut sein können wie das zugrunde liegende Ausgangsmaterial, werden bestimmte Mängel, die insbesondere durch das Verwaltungsverfahren in den Gewerbeämtern begründet sind, auch künftig nicht zu vermeiden sein. Andererseits wird das Statistische Landesamt weiterhin bemüht sein, durch intensiven Kontakt zu den Gewerbeämtern auf eine vollständigere und genauere Ausfüllung der Meldeformulare hinzuwirken, um damit die Qualität der Ergebnisse weiter zu steigern. Dies trifft insbesondere auf die Angabe der Zahl der voraussichtlich im angemeldeten Betrieb bzw. der zuletzt im abgemeldeten Betrieb beschäftigten Arbeitnehmer zu, aber auch auf die Beschreibung der wirtschaftlichen Tätigkeit, die häufig zu wünschen übrig lässt. Da die Gewerbeämter die besondere Bedeutung der Gewerbeanzeigenstatistik für die Wirtschaftspolitik und die Wissen-

schaft, aber auch für die Verwaltungen selbst, häufig noch nicht erkannt haben, bedarf es hier noch einer intensiven Überzeugungsarbeit.

Neben der Statistik soll ein weiterer wichtiger Verwendungszweck der Gewerbeanzeigen für die amtliche Statistik nicht unerwähnt bleiben, nämlich der Aufbau und die Pflege eines umfassenden zentralen Unternehmensregisters in den statistischen Landesämtern. Während in der Vergangenheit die von den Gewerbeämtern übermittelten Durchschläge der Gewerbeanzeigen zur laufenden Aktualisierung der verschiedenen Bereichsregister verwendet wurden, werden die Informationen der Meldeämter künftig in einer zentralen Datei gespeichert, die die Grundlage sowohl für die Gewerbeanzeigenstatistik als auch für die Pflege des zentralen Unternehmensregisters bildet, das in absehbarer Zeit sämtliche für die einzelnen statistischen Erhebungen aufgebauten und noch vorhandenen Karteien ersetzen soll. Dadurch kommt der Qualität der Gewerbeanzeigen eine weitere, über die statistische Auswertung im engeren Sinne hinausgehende Bedeutung zu.

Diplom-Volkswirt Hans-Henning Meincke

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1996	1997				1998			
		Monatsdurchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
Bevölkerung und Erwerbs-tätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1000	3 986	4 010	4 008	4 010	4 012	4 018
Natürliche Bevölkerungs-bewegung										
Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	1 895	1 876	2 905	2 369	2 853	1 597 ^p	2 474 ^p	2 132 ^p	2 933 ^p
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	5,7	5,6	8,5	7,2	8,4	4,8 ^p	7,3 ^p	6,5 ^p	8,6
Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	3 411	3 473	3 462	3 572	3 903	3 272 ^p
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,2	10,4	10,2	10,8	11,5	9,9 ^p
Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 646	3 601	3 543	3 364	3 371	3 640 ^p
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,9	10,8	10,4	10,2	9,9	11,0 ^p
Im 1. Lebensjahr Gestorbene ³⁾	Anzahl	17	18	17	19	22	13 ^p
je 1000 Lebendgeborene ⁴⁾	Anzahl	5,0	5,2	4,8	5,5	5,8	4,0 ^p
Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 236	- 128	- 81	208	532	- 368 ^p
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 0,7	- 0,4	- 0,2	0,6	1,6	- 1,1 ^p
Wanderungen										
über die Landesgrenze										
Zugezogene	Anzahl	9 520	8 948	8 168	8 564	9 920	8 595	7 342
Fortgezogene	Anzahl	7 397	7 381	6 016	6 725	7 839	7 433	6 896
Wanderungssaldo	Anzahl	2 123	1 567	2 152	1 839	2 081	862	446
Innerhalb des Landes										
Umgezogene ⁵⁾	Anzahl	13 777	13 861	12 689	12 897	14 673	13 560	12 218
Arbeitsmarkt										
Arbeitslose	Anzahl	149 782	163 768	158 211	154 912	...	160 942	151 631	147 684	152 306
Männer	Anzahl	87 062	94 978	91 638	88 719	...	90 863	85 710	82 371	83 256
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	8 954	10 360	.	8 529	7 783	.
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	47 287	50 739	.	48 402	44 162	.
Arbeitslosenquote ⁶⁾	%	8,5	9,2	8,9	8,7	...	9,1	8,4	8,2	8,5
Arbeitslosenquote ⁷⁾	%	9,4	10,3	9,9	9,7	...	10,1	9,4	9,1	9,4
Offene Stellen	Anzahl	22 792	24 137	27 172	26 219	...	26 826	31 809	31 498	32 461
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	758	700	.	698	997	.
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	4 445	4 800	.	5 002	6 695	.
Kurzarbeiter	Anzahl	11 817	7 114	5 138	5 908	...	3 889	3 945	2 664	2 244
Landwirtschaft										
Schlachtmengen⁸⁾										
	t	13 585	12 943	12 340	12 620	12 352	12 369	12 074	12 090	11 454
Rinder	t	3 460	3 348	2 927	2 773	2 826	3 392	2 757	2 683	2 659
Kälber	t	31	33	30	23	23	36	24	19	16
Schweine	t	9 995	9 453	9 281	9 727	9 405	8 729	9 180	9 272	8 684
Milch										
Anlieferung rheinland-pfälzischer Erzeuger an Molkereien	t	64 801	62 957	71 764	68 625	68 789	64 423	69 421	66 644	67 282
Eier										
Erzeugung in Betrieben mit mindestens 3000 Haltungsplätzen	1000	15 786	15 626	16 252	15 144	15 832	15 732	15 749	14 880	14 514
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden^{9) 10)}										
Betriebe	Anzahl	2 195	2 324	2 318	2 318	2 320	2 268	2 270	2 268	2 284
Beschäftigte	1000	312	312	310	311	313	310	310	311	312
Arbeiter ¹¹⁾	1000	202	201	199	200	202	199	199	200	202
Geleistete Arbeiterstunden	1000	26 463	26 567	25 192	27 172	28 055	27 086	26 212	26 630	27 386
Löhne und Gehälter	Mill. DM	1 657	1 680	1 560	1 841	1 616	1 597	1 640	1 885	1 656
Löhne	Mill. DM	892	901	842	946	878	859	887	954	913
Gehälter	Mill. DM	765	779	719	895	738	738	753	931	743
Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	8 672	9 287	8 778	9 836	9 684	9 855	9 333	9 612	9 980
Auslandsumsatz	Mill. DM	3 537	3 883	3 662	4 061	3 979	4 127	3 821	3 921	4 037
Exportquote ¹²⁾	%	40,8	41,8	41,7	41,3	41,1	41,9	40,9	40,8	40,5

1) Nach dem Ereignisort. – 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. – 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 6) Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen (Abhängige, Selbständige und mithelfende Familienangehörige). – 7) Arbeitslose in % der abhängigen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte, Arbeitslose). – 8) In- und ausländischer Herkunft. – 9) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. – 10) Durch die erstmalige Einbeziehung von Einheiten aus der Handwerkszählung 1995 ist ein Vergleich mit Ergebnissen vor 1997 nicht möglich. – 11) Einschl. gewerblich Auszubildender. – 12) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1996	1997				1998			
		Monatsdurchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Kohleverbrauch ¹⁾	1 000 GJ	7 259	6 661	.	.	.	5 234	.
Gasverbrauch (Erd- und Erdölgas) ^{1) 2)}	Mill. kWh	7 989	8 324	.	.	.	9 175	.
Heizölverbrauch ¹⁾	1 000 t	80	66	.	.	.	60	.
davon										
leichtes Heizöl	1 000 t	40	31	.	.	.	28	.
schweres Heizöl	1 000 t	41	36	.	.	.	31	.
Stromverbrauch	Mill. kWh	1 108	...	1 059	1 161	1 212	1 138	1 153	1 173	1 202
Stromerzeugung (industr. Eigen- erzeugung)	Mill. kWh	243	...	218	184	197	163	166	164	165
Öffentliche Energieversorgung										
Elektrizitätsversorgung										
Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	386	410	347	379	365	582	416	315	...
Eigenverbrauch	Mill. kWh	27	24	19	23	21	21	20	17	...
Nettostromerzeugung	Mill. kWh	359	386	328	356	344	561	396	298	...
davon aus										
Wasserkraft	Mill. kWh	64	73	83	77	79	126	80	54	...
Wind-, und Solarenergie	Mill. kWh	0,07	0,12	0,10	0,07	0,21	0,19	0,11	0,14	...
Wärmekraft	Mill. kWh	295	313	245	279	265	435	316	244	...
Steinkohle	Mill. kWh	98	80	42	54	58	78	90	81	...
Erdgas	Mill. kWh	186	217	182	212	197	347	215	152	...
Heizöl	Mill. kWh	1,47	5,88	9,43	4,33	0,05	0,05	0,06	0,21	...
Müll, Klär- und Erdölgas	Mill. kWh	9	10	10	9	10	11	11	11	...
Stromeinspeisung	Mill. kWh	9	12	14	11	11	16	15	12	...
darunter von Betreibern										
regenerativer Energieanlagen	Mill. kWh	6	7	8	7	6	10	9	7	...
Bezug über die Landesgrenze	Mill. kWh	3 233	3 169	2 696	2 881	2 984	3 115	3 042	3 274	...
Lieferung über die Landesgrenze	Mill. kWh	1 607	1 483	1 118	1 370	1 396	1 622	1 482	1 649	...
Stromabgabe an das öffentl. Netz ³⁾	Mill. kWh	1 994	2 085	1 920	1 878	1 944	2 070	1 970	1 935	...
Gasversorgung										
Gaserzeugung	Mill. kWh	0,94	0,35	0,23	0,25	0,18	0,06	0,27	0,26	...
Saldo des Gasaustauschs über die Landesgrenze	Mill. kWh	5 404	5 412	4 341	4 119	4 021	5 523	4 185	3 568	...
Verfügbare Gasmenge ⁴⁾	Mill. kWh	5 403	5 369	4 304	4 078	4 021	5 519	4 182	3 565	...
Handwerk ⁵⁾										
Beschäftigte (Ende des Vj.)	30. 9. 1994 = 100	90
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	VjD 1994 = 100	91
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau ^{6) 7)}										
Beschäftigte insgesamt	Anzahl	47 225	47 644	49 107	48 947	48 967	45 690	45 428	45 469	45 368
Facharbeiter	Anzahl	25 669	25 556	26 485	26 485	26 329	23 929	23 774	23 742	23 929
Fachwerker und Werker	Anzahl	8 940	8 474	8 757	8 722	8 985	8 471	8 474	8 589	8 537
Geleistete Arbeitsstunden insgesamt	1000	4 707	4 754	4 750	5 668	5 964	4 766	4 604	4 837	5 103
Hochbau insgesamt	1000	2 982	3 038	3 074	3 534	3 711	2 931	2 822	2 976	3 148
Wohnungsbau	1000	1 878	1 967	2 013	2 383	2 471	1 936	1 861	1 968	2 080
gewerblicher Hochbau	1000	816	798	801	818	907	739	720	748	792
gewerblicher und industrieller Bau	1000	754	730	762	784	838	706	628	682	743
Bahn und Post	1000	28	44	18	11	48	20	73	26	22
landwirtschaftlicher Bau	1000	35	24	21	23	21	13	19	40	27
öffentlicher Hochbau	1000	288	274	260	334	333	256	241	260	276
Organisationen ohne Erwerbs- zweck	1000	69	66	71	91	94	45	41	56	71
Körperschaften des öffentl. Rechts	1000	219	208	189	243	239	211	200	204	205
Tiefbau insgesamt	1000	1 725	1 716	1 676	2 134	2 253	1 835	1 782	1 861	1 955
gewerblicher Tiefbau	1000	459	448	441	580	559	504	434	445	514
gewerblicher und industrieller Bau	1000	354	361	376	479	467	380	362	352	399
Bahn und Post	1000	104	88	65	101	92	124	72	93	115
öffentlicher Tiefbau	1000	580	565	533	684	713	631	648	671	650
Straßenbau	1000	687	703	702	870	981	700	700	745	791
Löhne und Gehälter	Mill. DM	199	199	206	202	214	195	186	191	197
Löhne	Mill. DM	156	154	161	157	168	153	142	146	154
Gehälter	Mill. DM	43	46	45	45	45	42	44	45	43
Baugewerblicher Umsatz	Mill. DM	631	676	678	779	813	618	618	660	723

1) Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.), Jahr = Vierteljahresdurchschnitt. – 2) 1 m³ = 35,169 MJ = 9,769 kWh (Brennwert bzw. oberer Heizwert). – 3) Einschließlich Übertragungsverluste im öffentlichen Netz. – 4) Einschließlich Meßdifferenzen. – 5) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. – 6) Nach der Totalerhebung hochgerechnet. – 7) Durch die erstmalige Einbeziehung von Einheiten aus der Handwerkszählung 1995 ist ein Vergleich mit Ergebnissen vor März 1997 nicht möglich.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1996	1997				1998			
		Monatsdurchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	913	1 009	968	1 238	1 340	1 146	1 245	1 196	1 266
mit 1 Wohnung	Anzahl	587	704	635	861	973	823	879	869	926
mit 2 Wohnungen	Anzahl	188	195	224	258	237	203	257	230	256
mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	139	110	109	119	130	120	109	97	84
Umbauter Raum	1000 m³	1 067	1 117	1 081	1 306	1 411	1 247	1 389	1 266	1 305
Wohnfläche	1000 m²	189	197	190	227	250	221	244	218	231
Wohnräume	Anzahl	8 584	9 044	8 609	10 333	12 763	9 578	10 779	9 809	10 144
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	461	482	466	559	599	534	601	542	560
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	4	4	4	6	4	2	4	1	6
Unternehmen	Anzahl	109	146	67	121	261	129	145	175	149
Private Haushalte	Anzahl	801	860	897	1 111	1 075	1 015	1 096	1 020	1 111
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	162	184	175	222	245	196	192	231	278
Umbauter Raum	1000 m³	741	881	679	1 056	1 343	747	780	893	1 398
Nutzfläche	1000 m²	123	143	118	169	205	130	133	151	243
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	174	192	143	208	259	150	185	187	272
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	18	18	20	13	16	19	24	21	21
Unternehmen	Anzahl	136	155	148	194	217	162	161	198	249
Private Haushalte	Anzahl	8	11	7	15	12	15	7	12	8
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 141	2 128	2 082	2 343	3 014	2 121	2 309	2 170	2 217
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	3 198	3 441	3 321	3 626	3 637	3 632	3 732	3 520	...
EU-Länder	Mill. DM	1 902	1 905	1 910	2 055	1 949	2 115	2 014	1 953	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	228	225	213	241	217	272	249	225	...
Dänemark	Mill. DM	49	59	66	58	56	61	56	58	...
Finnland	Mill. DM	26	28	27	29	26	31	29	26	...
Frankreich	Mill. DM	510	454	444	503	474	459	536	468	...
Griechenland	Mill. DM	23	27	23	30	23	25	32	27	...
Großbritannien	Mill. DM	279	290	276	310	315	308	275	279	...
Irland	Mill. DM	13	13	12	11	9	23	15	13	...
Italien	Mill. DM	234	242	257	283	254	281	254	257	...
Niederlande	Mill. DM	203	211	222	211	214	256	205	229	...
Österreich	Mill. DM	131	134	129	139	135	148	147	145	...
Schweden	Mill. DM	60	56	58	63	47	58	47	50	...
Spanien	Mill. DM	121	141	156	145	151	165	144	149	...
Portugal	Mill. DM	24	25	26	30	26	27	26	28	...
USA und Kanada	Mill. DM	225	253	232	225	253	295	282	295	...
Japan	Mill. DM	84	83	60	82	73	68	71	56	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	443	529	464	563	568	466	473	457	...
Mittel- und osteuropäische Länder	Mill. DM	217	301	289	324	341	351	502	408	...
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	2 315	2 312	2 289	2 335	2 339	2 689	2 507	2 700	...
EU-Länder	Mill. DM	1 534	1 455	1 536	1 433	1 431	1 741	1 617	1 579	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	230	247	228	254	283	329	367	310	...
Dänemark	Mill. DM	47	45	47	41	42	45	41	48	...
Finnland	Mill. DM	11	9	9	8	7	16	11	15	...
Frankreich	Mill. DM	468	359	371	379	290	481	320	325	...
Griechenland	Mill. DM	3	2	2	1	2	4	3	2	...
Großbritannien	Mill. DM	106	108	109	111	131	126	104	144	...
Irland	Mill. DM	20	20	24	24	18	20	20	19	...
Italien	Mill. DM	174	166	171	183	197	180	158	185	...
Niederlande	Mill. DM	219	239	264	204	246	265	309	230	...
Österreich	Mill. DM	71	77	73	77	80	104	84	92	...
Schweden	Mill. DM	57	44	24	36	21	24	83	81	...
Spanien	Mill. DM	104	114	191	99	86	115	95	103	...
Portugal	Mill. DM	23	25	23	17	29	30	23	27	...
USA und Kanada	Mill. DM	157	160	174	155	141	216	180	204	...
Japan	Mill. DM	99	82	61	65	73	98	85	111	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	166	186	157	209	222	184	156	171	...
Mittel- und osteuropäische Länder	Mill. DM	135	196	173	208	214	228	239	219	...

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1996	1997				1998			
		Monatsdurchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
Einzelhandel ¹⁾										
Beschäftigte	1995 = 100	99,5	98,4	97,7	95,6	95,8	97,4	98,1	96,9	96,6
Teilzeitbeschäftigte	1995 = 100	102,7	104,1	103,0	101,3	101,9	106,4	107,9	107,3	108,0
Umsatz ²⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	101,0	101,5	101,2	102,0	104,6	99,3	99,7	97,2	101,3
Großhandel ¹⁾										
Beschäftigte	1995 = 100	98,5	97,7	97,9	98,2	99,4	97,8	97,8	97,7	99,5
Umsatz ²⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	100,6	103,9	100,2	109,1	113,5	106,1	102,0	105,4	110,2
Gastgewerbe ¹⁾										
Beschäftigte	1995 = 100	98,3	95,2	97,2	98,0	98,5	102,5	102,9	100,7	101,0
Teilzeitbeschäftigte	1995 = 100	99,7	97,5	100,4	101,3	101,5	107,8	110,3	108,3	108,4
Umsatz ²⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	99,6	96,1	108,9	101,2	101,4	95,2	113,3	105,0	104,5
Tourismus										
in allen Berichtsgemeinden										
Gäste	1000	512	507	625	603	581	456	752	627	635
Ausländer	1000	101	101	117	122	157	93	140	123	169
Übernachtungen	1000	1 728	1 626	1 930	1 853	2 077	1 458	2 075	1 871	2 314
Ausländer	1000	316	308	335	344	556	260	358	337	579
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
Güterempfang	1000 t	1 336	1 364	1 393	1 457	1 596	1 399	1 347	1 358 ^p	...
Güterversand	1000 t	788	803	821	831	865	762	673	781 ^p	...
Straßenverkehr										
Zulassungen fabrikneuer										
Kraftfahrzeuge	Anzahl	15 607	15 873	17 542	19 925	17 964	17 163	18 029	18 811	17 886
Krafträder	Anzahl	1 285	1 512	2 281	2 734	1 854	2 656	2 282	2 109	1 749
Personenkraftwagen										
und „M 1“ Fahrzeuge	Anzahl	13 313	13 235	14 001	16 163	14 885	13 140	14 371	15 270	14 655
Lastkraftwagen	Anzahl	678	799	909	954	848	858	880	940	1 090
Zugmaschinen	Anzahl	192	192	207	301	226	280	298	324	227
Straßenverkehrsunfälle										
Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 467	1 488	1 731	1 755	1 797	1 442	1 771	1 705	1 674 ^p
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	7 956	8 007	7 740	7 959	7 995	7 778	7 548	7 601	8 181 ^p
Verunglückte Personen	Anzahl	1 981	2 025	2 380	2 459	2 397	1 966	2 355	2 245	2 214 ^p
Getötete	Anzahl	31	32	36	26	43	30	44	39	37 ^p
Pkw-Insassen	Anzahl	19	19	14	17	20	21	19	24	19 ^p
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	5	6	12	4	14	3	14	8	12 ^p
Radfahrer	Anzahl	2	2	2	2	5	1	4	3	4 ^p
Fußgänger	Anzahl	4	4	4	2	4	4	4	3	1 ^p
Schwerverletzte	Anzahl	497	490	606	590	585	406	573	575	531 ^p
Pkw-Insassen	Anzahl	285	266	259	309	280	255	244	266	...
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	86	97	180	125	145	68	188	166	...
Radfahrer	Anzahl	52	56	95	87	83	34	72	78	...
Fußgänger	Anzahl	56	50	55	42	51	38	47	43	...
Geld und Kredit										
Zahlungsschwierigkeiten										
Konkurse ³⁾	Anzahl	102	104	81	147	120	112	109	90	158
Angemeldete Forderungen	1000 DM	67 528	75 825	53 172	74 866	102 563	121 676	77 910	126 432	79 158
Vergleichsverfahren	Anzahl	0	0	–	–	–	–	–	–	–

1) Vorläufige Ergebnisse. – 2) Ohne Umsatzsteuer. – 3) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1996	1997				1998			
		Monatsdurchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monats- ende)										
Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	142 495	155 992	·	147 193	·	·	·	162 375	·
Kredite an inländ. Nichtbanken	Mill. DM	139 651	151 431	·	143 451	·	·	·	156 637	·
Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	24 069	25 244	·	24 217	·	·	·	25 596	·
an Unternehmen und Privat- personen	Mill. DM	23 193	23 874	·	23 556	·	·	·	24 681	·
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	876	1 370	·	661	·	·	·	915	·
Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	11 374	11 556	·	11 197	·	·	·	11 837	·
an Unternehmen und Privat- personen	Mill. DM	9 642	9 977	·	9 557	·	·	·	10 367	·
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 732	1 579	·	1 640	·	·	·	1 470	·
Langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	104 208	114 631	·	108 037	·	·	·	119 204	·
an Unternehmen und Privat- personen	Mill. DM	90 490	99 743	·	93 983	·	·	·	103 525	·
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	13 718	14 888	·	14 054	·	·	·	15 679	·
Einlagen von Nichtbanken	Mill. DM	121 319	126 194	·	121 616	·	·	·	126 944	·
Sichteinlagen	Mill. DM	23 913	25 273	·	22 956	·	·	·	25 108	·
Termineinlagen	Mill. DM	39 399	40 417	·	40 004	·	·	·	41 195	·
Spareinlagen	Mill. DM	58 007	60 504	·	58 656	·	·	·	60 641	·
Steuern ²⁾										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
Gemeinschaftsteuern ³⁾	Mill. DM	3 228	3 344	3 250	3 793	2 735	2 796	3 580	4 329	3 104
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	1 362	1 359	1 261	1 833	777	630	1 394	2 048	847
Lohnsteuer	Mill. DM	1 088	1 088	1 269	849	957	804	1 324	891	1 016
Einnahmen aus der Lohn- steuererlegung	Mill. DM	182	179	481	–	–	–	495	–	–
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	36	20	– 176	265	– 203	– 243	– 196	– 278	– 215
Kapitalertragsteuer	Mill. DM	50	57	61	302	39	37	19	410	46
Zinsabschlag	Mill. DM	46	41	63	12	10	17	94	9	12
Einnahmen aus der Zinsab- schlagserlegung	Mill. DM	23	59	53	–	–	–	84	–	–
Körperschaftsteuer	Mill. DM	143	153	43	405	– 27	15	153	460	– 13
Einnahmen aus der Körper- schaftsteuererlegung	Mill. DM	13	12	– 50	–	–	–	43	–	–
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	1 865	1 986	1 990	1 960	1 959	2 166	2 186	2 281	2 256
Umsatzsteuer	Mill. DM	686	684	672	695	669	608	823	727	716
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	1 179	1 302	1 318	1 265	1 290	1 558	1 363	1 554	1 541
Zölle	Mill. DM	201	218	228	193	205	210	189	172	211
Bundessteuern	Mill. DM	533	250	193	297	244	148	196	253	210
Verbrauchssteuern (ohne Bier- steuer)	Mill. DM	439	153	126	149	176	108	141	136	155
Solidaritätszuschlag	Mill. DM	85	87	57	138	58	30	46	106	45
Landessteuern	Mill. DM	143	111	122	138	117	133	129	138	141
Vermögensteuer	Mill. DM	40	5	7	5	3	2	4	3	3
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	58	65	66	66	64	84	78	79	73
Biersteuer	Mill. DM	8	7	8	8	8	6	8	8	8

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank sowie Postgiro- und Postsparkassenämter); ohne durchlaufende Kredite. – 2) Einschließlich des Steueraufkommens der Euro-Zoll-Kasse in Trier, die bestimmte Steuern und Abgaben (Verbrauchssteuern; Einfuhrumsatzsteuer und Zölle auf Einfuhren aus Nicht-EU-Ländern) zentral für alle Bundesländer vereinnahmt. – 3) Aufkommen an Lohnsteuer ab 1996 ohne das vom Arbeitgeber verrechnete steuerliche Kindergeld.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1996	1997				1998			
		Monatsdurchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Gemeindesteuern ¹⁾	Mill. DM	772	782	.	763	.	.	.	819	.
Grundsteuer A	Mill. DM	9	9	.	10	.	.	.	9	.
Grundsteuer B	Mill. DM	146	154	.	170	.	.	.	170	.
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. DM	536	536	.	515	.	.	.	549	.
Grunderwerbsteuer	Mill. DM	62	63	.	40	.	.	.	65	.
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften ²⁾										
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	2 127	1 977	1 860	2 102	1 710	1 712	1 913	2 452	1 848
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	639	649	619	832	431	375	690	936	461
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	945	1 069	1 046	973	1 009	1 165	1 026	1 263	1 151
Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	1 088	1 067	1 005	1 357	798	776	1 127	1 427	902
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	545	537	493	772	241	216	554	860	238
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	372	391	389	447	359	344	443	428	433
Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände ¹⁾	Mill. DM	1 175	1 134	.	1 169	.	.	.	1 213	.
Gewerbesteuer (netto) ³⁾	Mill. DM	425	432	.	411	.	.	.	442	.
Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer ⁴⁾	Mill. DM	514	457	.	509	.	.	.	458	.
Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. DM	–	–	–	–	.	.	.	43	.
Preise										
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im früheren Bundesgebiet	1991 = 100	114,1	116,1	115,8	116,1	116,6	116,9	117,3	117,4	117,7
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1991 = 100	109,6	111,2	111,7	112,0	111,8	112,6	113,8	113,8	113,2
Löhne und Gehälter										
Arbeiterinnen und Arbeiter im produzierenden Gewerbe										
Bruttomonatsverdienste	DM	4 320	4 387	.	.	4 409	4 466
Arbeiter	DM	4 485	4 545	.	.	4 565	4 623
Arbeiterinnen	DM	3 146	3 210	.	.	3 235	3 280
Bruttostundenverdienste	DM	25,99	26,39	.	.	26,37	26,80
Arbeiter	DM	26,84	27,21	.	.	27,17	27,61
Facharbeiter	DM	28,54	29,01	.	.	28,96	29,51
Angelernte Arbeiter	DM	25,70	25,99	.	.	25,95	26,32
Hilfsarbeiter	DM	22,61	22,61	.	.	22,56	22,96
Arbeiterinnen	DM	19,68	20,06	.	.	20,05	20,45
Hilfsarbeiterinnen	DM	19,06	19,34	.	.	19,33	19,69
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	38,2	38,2	.	.	38,5	38,3
Arbeiter	Std.	38,4	38,4	.	.	38,7	38,5
Arbeiterinnen	Std.	36,8	36,8	.	.	37,1	36,9
Angestellte										
Bruttomonatsverdienste im produzierenden Gewerbe	DM	6 131	6 221	.	.	6 234	6 302
Kaufmännische Angestellte	DM	5 560	5 669	.	.	5 677	5 777
Männer	DM	6 502	6 601	.	.	6 607	6 696
Frauen	DM	4 514	4 624	.	.	4 633	4 714
Technische Angestellte	DM	6 577	6 645	.	.	6 664	6 710
Männer	DM	6 730	6 787	.	.	6 809	6 847
Frauen	DM	5 026	5 186	.	.	5 185	5 317
im Handel, Kredit- u. Versicherungsgewerbe	DM	4 422	4 511	.	.	4 525	4 549
Kaufmännische Angestellte	DM	4 409	4 491	.	.	4 503	4 526
Männer	DM	5 104	5 147	.	.	5 153	5 174
Frauen	DM	3 792	3 874	.	.	3 882	3 899

1) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. – 2) Ohne die der EU zustehenden Einnahmen aus Zöllen. Lohnsteuereinnahmen ab 1996 nach Abzug des von der Familienkasse gezahlten Kindergeldes. – 3) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. – 4) 1996 einschließlich der Ausgleichsleistungen nach § 20 a FAG.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen für Deutschland

Berichtsmerkmal	Einheit	1996	1997				1998			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	81 895	82 051	82 032	82 047	82 061
Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	35 608	35 130 ^p	28 915 ^p	55 783 ^p	44 826 ^p	22 250 ^p	30 152 ^p	48 361 ^p	...
Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	66 334	67 506 ^p	70 242 ^p	66 701 ^p	70 416 ^p	66 323 ^p	64 522 ^p	62 642 ^p	...
Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	73 570	71 396 ^p	75 630 ^p	67 905 ^p	68 451 ^p	80 269 ^p	72 137 ^p	66 554 ^p	...
Überschuß der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	- 7 236	- 3 890 ^p	- 5 388 ^p	- 1 204 ^p	1 965 ^p	- 13 946 ^p	- 7 615 ^p	- 3 912 ^p	...
Arbeitslose	1 000	3 965	4 384	4 347	4 256	4 222	4 623	4 421	4 197	4 075
Männer	1 000	2 112	2 342	2 348	2 272	2 225	2 522	2 370	2 229	2 144
Arbeitslosenquote ⁴⁾	%	10,4	11,4	11,3	11,1	11,6	12,1	11,4	10,9	10,5
Arbeitslosenquote ⁵⁾	%	11,5	12,7	12,6	12,3	12,2	13,4	12,7	12,0	11,7
Offene Stellen	1 000	327	337	363	361	367	446	469	484	483
Kurzarbeiter	1 000	277	183	239	183	168	170	143	119	102
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ^{6) 7)}										
Beschäftigte	1 000	6 520	6 416	6 399	6 389	6 402	6 365	6 369	6 372	6 396
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	540	533	572	496	547	571	545	521	539
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	173 275	183 374	192 051	169 122	194 543	203 863	187 690	181 402	196 085
Auslandsumsatz	Mill. DM	51 438	58 117	59 986	52 883	62 870	67 363	62 106	59 764	67 805
Index der Nettoproduktion für das Verarbeitende Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden (kalendermonatlich)	1995 = 100	99,9	103,7	109,8	95,5	111,2	118,0	108,5	105,1 ^f	111,2
Vorleistungsgüterproduzenten	1995 = 100	98,9	104,3	111,1	98,1	110,9	117,4	109,8	107,0	111,1
Investitionsgüterproduzenten	1995 = 100	101,4	106,0	111,1	94,9	119,0	125,6	111,5	107,6 ^f	119,4
Gebrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	101,0	99,6	112,8	88,3	107,8	123,3	110,8	105,3 ^f	110,9
Verbrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	99,8	99,8	101,9	92,6	100,4	104,4	98,8	95,4 ^f	97,4
Öffentliche Energieversorgung										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	40 468	40 564 ^f	40 659	36 988	36 411	44 547	40 446	37 558	...
Gaserzeugung	Mill. kWh	30 975	31 143	30 801	29 099	25 358	34 736	32 803	28 188	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau ^{8) 9)}										
Beschäftigte	1 000	1 312	1 221	1 254	1 257	1 255	1 101	1 118	1 122	1 127
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	130	123	147	125	145	111	116	114	124
Baugewerblicher Umsatz	Mill. DM	18 109	17 530	17 384	16 972	19 736	16 247	14 388	15 027	17 102
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	17 772	18 433	20 108	20 449	20 379	19 706	19 982	22 384	23 647
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	15 021	16 223	17 886	18 185	18 103	17 976	18 163	20 396	21 682
Wohnfläche	1 000 m ²	3 779	3 639	3 869	4 012	3 875	3 552	3 652	4 095	4 182
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	3 337	3 355	3 447	3 373	3 932	3 432	3 593	4 302	4 390
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	48 031	44 110	45 966	47 394	46 177	38 588	40 798	45 870	46 075
Handel und Gastgewerbe ¹⁰⁾										
Einzelhandel										
Umsatz ¹¹⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	101,3	101,1	106,4	99,8	99,8	108,8	101,3	101,3	97,6
Großhandel										
Umsatz ¹¹⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	98,1	101,5	108,5	96,6	105,4	111,6	103,4	101,3	104,8
Gastgewerbe										
Umsatz ¹¹⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	97,5	96,7	92,7	105,1	102,6	88,5	91,0	103,8	98,7

1) Nach dem Ereignisort. – 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 4) Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen (Abhängige, Selbständige und mithelfende Familienangehörige). – 5) Arbeitslose in % der abhängigen Erwerbspersonen. (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte, Arbeitslose). – 6) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 7) Durch die erstmalige Einbeziehung von Einheiten aus der Handwerkszählung 1995 ist ein Vergleich mit Ergebnissen vor 1997 nicht möglich. – 8) Nach der Totalerhebung hochgerechnet. – 9) Durch die erstmalige Einbeziehung von Einheiten aus der Handwerkszählung 1995 ist ein Vergleich mit Ergebnissen vor März 1997 nicht möglich. – 10) Vorläufige Ergebnisse. – 11) Ohne Umsatzsteuer.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen für Deutschland

Berichtsmerkmal	Einheit	1996	1997				1998			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	65 745	73 898	73 285	70 613	77 382	83 688	83 939	77 756	81 780
EU-Länder insgesamt	Mill. DM	37 725	40 971	39 596	40 392	43 595	45 407	49 085	43 113	47 265
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	4 153	4 300	4 216	4 204	4 622	4 516	5 087	4 316	4 744
Frankreich	Mill. DM	7 268	7 869	7 384	7 995	8 423	8 986	9 705	8 397	9 562
Großbritannien	Mill. DM	5 306	6 252	6 282	5 981	6 718	6 826	7 525	6 320	7 413
Italien	Mill. DM	4 939	5 444	5 423	5 438	5 992	6 229	6 711	6 023	6 389
Niederlande	Mill. DM	5 023	5 168	4 861	5 116	5 399	5 572	6 037	5 069	5 508
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	57 533	62 989	62 878	61 007	64 274	70 936	72 286	63 260	70 617
EU-Länder insgesamt	Mill. DM	32 358	34 173	32 426	34 576	35 888	37 434	40 560	34 605	38 675
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	3 659	3 877	3 674	4 026	4 505	3 522	4 168	4 060	4 101
Frankreich	Mill. DM	6 136	6 606	6 575	6 421	7 064	8 394	8 110	7 262	7 501
Großbritannien	Mill. DM	3 957	4 383	4 049	4 382	4 474	5 001	4 960	4 149	4 894
Italien	Mill. DM	4 862	4 909	4 794	4 697	5 482	5 151	5 796	4 967	5 901
Niederlande	Mill. DM	5 091	5 345	4 710	5 674	5 297	5 083	6 522	4 808	5 732
Geld und Kredit ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an inländische Nichtbanken	Mrd. DM	4 675	4 960	4 771	4 793	4 804	5 062	5 105 ^f	5 116	5 127 ^p
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	3 536	3 760	3 592	3 609	3 637	3 824	3 857 ^f	3 878	3 882 ^p
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	1 139	1 200	1 179	1 184	1 167	1 238	1 247 ^f	1 238	1 245 ^p
Einlagen von Nichtbanken	Mrd. DM	2 930	3 020	2 884	2 898	2 900	2 992	2 996 ^f	3 007	3 010 ^p
Spareinlagen	Mrd. DM	1 143	1 182	1 153	1 153	1 151	1 186	1 181 ^f	1 178	1 175 ^p
Steuern										
Gemeinschaftsteuern ²⁾	Mill. DM	46 997	46 952	35 035	38 510	56 457	51 882	39 343	40 420	60 663
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	26 484	26 150	14 819	17 542	36 790	34 740	18 353	16 872	40 661
Lohnsteuer	Mill. DM	20 940	20 723	18 209	18 358	20 196	18 232	18 457	19 468	20 937
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	968	480	4 428	- 3 566	6 001	4 420	- 3 834	- 3 442	7 071
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	19 767	20 075	18 565	20 412	19 667	17 142	19 269	22 962	20 010
Umsatzsteuer	Mill. DM	16 698	16 661	14 902	17 034	16 364	13 320	15 371	19 265	15 946
Zölle	Mill. DM	549	575	627	583	527	549	572	526	492
Bundessteuern	Mill. DM	11 489	11 272	9 514	10 286	12 138	10 875	8 876	10 522	11 326
Versicherungssteuer	Mill. DM	1 196	1 177	883	1 045	657	1 045	775	995	654
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	8 115	7 935	7 289	7 764	8 424	7 754	7 069	8 449	8 298
Preise										
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ³⁾	1991 = 100	105,6	107,5	108,4	109,6	108,4	106,6	105,9	104,7	104,3
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ³⁾	1991 = 100	91,1	92,5	94,1	96,6	93,1	92,7	90,9	88,8	89,1 ^p
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ³⁾	1991 = 100	103,5	104,7	104,4	104,6	104,7	104,7	104,7	104,7	104,6
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1995 = 100	99,8	99,0	.	99,1	.	.	.	99,0	.
Bauleistungen am Bauwerk ⁴⁾	1995 = 100	99,8	99,1	.	99,1	.	.	.	99,0	.
Preisindex für den Straßenbau	1995 = 100	98,3	96,6	.	96,7	.	.	.	96,0	.
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1991 = 100	116,5	118,6	117,9	118,4	118,6	119,2	119,5	119,9	120,0
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1991 = 100	109,2	111,0	110,7	111,5	111,9	111,9	112,5	113,7	113,7
Bekleidung, Schuhe	1991 = 100	108,5	109,0	108,9	108,9	108,8	109,2	109,4	109,5	109,4
Wohnungsmieten	1991 = 100	137,9	141,6	141,2	141,5	141,7	143,6	143,8	143,9	144,0
Energie (ohne Kraftstoffe)	1991 = 100	103,3	105,1	104,2	104,4	104,3	103,3	104,3	104,0	103,3
Übriges für die Haushaltsführung	1991 = 100	110,2	110,8	110,8	110,8	110,8	111,3	111,6	111,8	111,8
Güter für Gesundheits- und Körperpflege	1991 = 100	115,0	119,1	116,8	116,8	116,8	122,2	122,6	122,8	122,8
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1991 = 100	115,7	116,6	116,2	116,2	116,3	115,8	116,5	116,6	116,8
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	1991 = 100	111,6	114,3	114,1	114,3	114,1	115,1	115,1	115,1	115,0
Persönliche Ausstattung, Sonstiges	1991 = 100	123,3	125,9	121,0	124,6	126,2	126,3	124,2	125,3	126,8

1) Kredite und Einlagen der Deutschen Bundesbank und der Kreditinstitute. – 2) Aufkommen an Lohnsteuer ab 1996 ohne das vom Arbeitgeber verrechnete steuerliche sowie das von der Familienkasse gezahlte Kindergeld. – 3) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). – 4) Ohne Bau- und Nebenleistungen.

Bruttoinlandsprodukt im 1. Halbjahr um 2,5 % gestiegen

Einer vorläufigen Berechnung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ zufolge ist das Bruttoinlandsprodukt im ersten Halbjahr 1998 in Rheinland-Pfalz real, d.h. von Preiseinflüssen bereinigt, um 2,5 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum gestiegen. Damit wurde die Entwicklung des vergangenen Jahres etwa fortgesetzt – im Jahr 1997 hatte die Summe der im Land erzeugten Waren und Dienstleistungen um 2,7 % zugenommen. Im Durchschnitt der alten Bundesländer verlief die gesamtwirtschaftliche Entwicklung mit einer Zuwachsrate von 3,1 % in den ersten sechs Monaten dieses Jahres etwas günstiger. In jeweiligen Preisen bewertet nahm das Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz um 3,7 % und im früheren Bundesgebiet um 4,1 % zu. Das Wachstum in den neuen Ländern und Berlin-Ost blieb mit 1,4 % (nominal) bzw. 1,8 % (real) hinter dem in den alten Ländern zurück.

Wie im vergangenen Jahr hat das verarbeitende Gewerbe wiederum maßgeblich zum Wachstum der rheinland-pfälzischen Wirtschaft beigetragen. Durch die gute konjunkturelle Lage der Automobilindustrie können die Länder mit entsprechend großen Produktionsstätten eine überdurchschnittliche Entwicklung verzeichnen.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Veränderungsraten des Bruttoinlandsprodukts in den einzelnen Bundesländern. ker

Land	Veränderung des Bruttoinlandsprodukts 1. Halbjahr 1998 gegenüber 1. Halbjahr 1997 in %	
	nominal (in jeweiligen Preisen)	real (in Preisen von 1991)
Baden-Württemberg	4,8	3,8
Bayern	4,7	3,7
Berlin (gesamt)	0,3	- 0,6
Bremen	4,5	3,4
Hamburg	4,3	3,4
Hessen	3,9	3,1
Niedersachsen	5,5	4,3
Nordrhein-Westfalen	3,6	2,3
Rheinland-Pfalz	3,7	2,5
Saarland	4,6	3,0
Schleswig-Holstein	2,9	1,8
Alte Bundesländer	4,1	3,1
Neue Bundesländer	1,4	1,8
Deutschland	3,8	2,9

**Preisindex für die Lebenshaltung
im Bundesgebiet im August 1998**

Indexbezeichnung	1991=100	Veränderung zu August 1997 in %
Früheres Bundesgebiet¹⁾		
Alle privaten Haushalte		
Gesamtindex	117,6	0,7
davon		
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	112,7	1,3
Bekleidung, Schuhe	110,1	0,4
Wohnungsmieten	130,6	1,6
Energie (ohne Kraftstoffe)	99,0	- 2,8
Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung	112,8	1,0
Güter für:		
Gesundheits- und Körperpflege	119,7	1,1
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	116,5	- 0,3
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	113,8	0,8
Persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art	131,8	0,2
4-Personen-Haushalte von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen		
Gesamtindex	118,3	0,7
4-Personen-Haushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen		
Gesamtindex	117,9	0,8
2-Personen-Haushalte von Rentnern mit geringem Einkommen		
Gesamtindex	120,4	0,8
Deutschland²⁾		
Alle privaten Haushalte		
Gesamtindex	120,2	0,8

1) Gebietsstand vor dem 3.10.1990. – 2) Gebietsstand seit dem 3.10.1990.

Die Wahl in einem Band

Neben der Veröffentlichung zur Bundestagswahl am 27. September 1998 in diesem Heft erscheint in Kürze ein Band mit den ausführlichen Ergebnissen in den Wahlkreisen, Regierungsbezirken, Landkreisen, kreisfreien Städten, Verbandsgemeinden, verbandsfreien Gemeinden und Ortsgemeinden des Landes.

Für Vorbestellungen: Telefon 0 26 03/71-245, Telefax 0 26 03/71-315.

Zwei bewährte Jahresveröffentlichungen wieder aktualisiert verfügbar!

Handbuch der Finanzstatistik 1997



Dieses jährliche Handbuch enthält detailliert alle Informationen über die Finanzwirtschaft der öffentlichen Hand, die in der anhaltend schwierigen Situation der öffentlichen Haushalte immer unverzichtbarer werden.

Dem Nutzer werden Daten zu den staatlichen Finanzen einschließlich der Hochschulfinanzen und dem Grundvermögen des Landes ebenso geboten wie Daten zu den kommunalen Finanzen, zu Personal und Schulden der öffentlichen Körperschaften und zum Finanzausgleich (Schlüsselzuweisungen und Umlagen). Die Darstellung der Finanzen und des Personals der öffentlichen Fonds, Einrichtungen und wirtschaftlichen Unternehmen wurde in der diesjährigen Veröffentlichung erstmals mit dem Nachweis der Schulden vervollständigt.

Methodische Erläuterungen und als kleine Hilfe ein alphabetisches Verzeichnis der Verbandsgemeinden und Gemeinden fehlen nicht.

Das kartoniert gebundene Werk mit immerhin über 650 Seiten bietet Ihnen die amtliche Statistik zu einem Preis von 48 DM zuzüglich Versandkosten.

Der Umsatz und seine Besteuerung 1996



Mit ihren Angaben über die Umsätze in allen Bereichen der Volkswirtschaft liefert die Umsatzsteuerstatistik Informationen, die in dieser Vollständigkeit in keiner anderen Bundesstatistik enthalten sind.

Hervorzuheben ist die Umsatzentwicklung in den gesamtwirtschaftlich immer wichtiger werdenden Dienstleistungszweigen.

Das Tabellenwerk mit vorangestellten Erläuterungen enthält Daten über Umsatzsteuerpflichtige, deren steuerbaren Umsatz und Umsatzsteuervorauszahlung nach Umsatzgrößen, Rechtsformen und Besteuerung des Umsatzes in wirtschaftssystematischer Gliederung. Ausgewählte Daten sind in regionaler Untergliederung dargestellt.

Der Band 369 aus der Reihe „Statistik von Rheinland-Pfalz“ umfasst 82 Seiten und wird zu einem Preis von 11,20 DM zuzüglich Versandkosten angeboten.

Beide Veröffentlichungen können direkt bei der Vertriebsstelle des Statistischen Landesamtes, 56128 Bad Ems, Telefon 0 26 03/ 71-245 (Vertrieb) oder 71-0 (Zentrale) bestellt werden. Schnell geht's auch per Telefax: 0 26 03/71-3 15

Zeichenerklärung und Abkürzungen

0	Zahl ungleich Null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle	D	Durchschnitt
-	nichts vorhanden (genau Null)	p	vorläufig
.	Zahl unbekannt oder geheimzuhalten	r	berichtigt
X	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll	s	geschätzt
...	Zahl fällt später an		
/	keine Angabe, da die Zahl nicht sicher genug		
()	Aussagewert eingeschränkt, da die Zahl statistisch unsicher ist		

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50–100“ verwendet.